

(K)EIN AUGE ZUDRÜ- CKEN!?

**Umgang mit rechtsaffinen
Jugendlichen in Jugend-
freizeiteinrichtungen und
Schulsozialarbeit**

INHALT

- 3 Editorial**
- 5 Hufeisen, adé!**
Kommentar der Fachaustausch-Redaktionsgruppe zur Extremismusideologie
- 6 Ist Soziale Arbeit immer politisch?**
Dr. Miriam Burzlaff
- 9 Haltung oder Zurückhaltung – Schulsozialarbeit und das Neutralitätsgebot**
Anna Müller (MBR)
- 13 Handlungssicherheit durch Haltung. Zum Umgang mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit im Kontext der Sozialen Arbeit**
Aylin Karadeniz und Dr. Ingmar Dette (Mobiles Beratungsteam Berlin der Stiftung SPI)
- 16 Erzähl doch mal...! Im Gespräch mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen? Der Ansatz der narrativen Gesprächsgruppen in der Rechts-extremismusprävention**
Elisabeth Hell und Hüseyin Karadal (Cultures interactive e.V.)
- 20 Eltern, Jugendliche, rechtsextreme Haltungen? Was tun! Diskriminierendes Verhalten von Eltern in Schule – Handlungsmöglichkeiten und Qualitätsstandards**
Eva Prausner (Projekt ElternStärken)
- 23 Elternarbeit im Kontext extrem rechts orientierter Jugendlicher**
Eva Prausner (Projekt ElternStärken)
- 24 Geschlechterreflektierte Prävention in der Jugendarbeit**
Romy Nowack und Markus Weidmüller (AGJF Sachsen e.V.)
- 29 „Sich antifaschistisch zu positionieren, ist nichts Schlimmes und Verwerfliches.“**
Interview mit dem Sozialarbeiter Tobias Burdukat (Das Dorf der Jugend, Grimma)
- 33 Glossar**

EDITORIAL

Liebe Kolleg:innen,

wir begrüßen Sie und Euch zu der Broschüre „(K)ein Auge zudrücken?! Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in JFEen und Schulsozialarbeit“.

Mit den vorliegenden Texten greifen wir in schriftlicher Form den ursprünglich am 01. April im FEZ-Berlin geplanten Fachtag auf. Die Fachtagsreihe „Grenzenlos gestärkt in den Alltag“ schafft seit über sieben Jahren Räume für fachlichen und kollegialen Austausch der Praktiker:innen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Verwaltung und Wissenschaft. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit aus den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Treptow-Köpenick und darüber hinaus diskutieren drängende Fragen der konzeptionellen Weiterentwicklung und Stärkung Sozialer Arbeit. Aktuelle Fragen und Bedürfnisse der Fachkräfte sowie ihrer Zielgruppen bestimmen dabei die thematische Ausgestaltung der Fachtage. Denn diese beeinflussen unseren gemeinsamen Auftrag, Kinder und Jugendliche als demokratische Subjekte zu stärken und gemeinsam emanzipatorische Jugendarbeit zu verwirklichen.

Als wir Ende 2019 begannen, unseren Fachtag zum „Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen“ zu planen, ahnte noch niemand, dass wir diesen im Frühjahr 2020 letztendlich aufgrund der grassierenden Corona-Pandemie absagen müssten. Als Pädagog:innen, Demokrat:innen und Aktivist:innen stellen wir allerdings fest, dass wir als Gesellschaft schon lange einer weiteren Krise gegenüber stehen. Rechtspopulistische und menschenverachtende Einstellungen bedrohen demokratische Werte und gleichberechtigtes Zusammenleben. Dass sich diese Entwicklung eben nicht nur auf Einstellungen auswirkt, sondern Menschen täglich bedroht und tödliche Konsequenzen nach sich zieht, zeigten nicht erst die rassistischen und antisemitischen Anschläge von Halle und Hanau. Ihnen voran geht eine Reihe rechtsterroristischer Attacken und Morde wie die der Täter:innen des „NSU“ sowie die bislang nicht aufgeklärte Anschlagsserie in Berlin-Neukölln.¹

Mit der vorliegenden Broschüre laden wir vor diesem Hintergrund ein, sich mit einem drängenden Thema auseinander zu setzen: dem Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen. Schon dieser Titel wirft eine Vielzahl an Fragen auf: wer sind diese rechtsaffinen Jugendlichen? Ist rechtsaffin gleich extrem rechts? Wie kann Beziehungsarbeit funktionieren, während klar Partei für Demokratie und Menschenrechte ergriffen wird? Kann unsere Jugendfreizeiteinrichtung gleichzeitig Vertrauens- und Schutzraum sein? Und was hat das ganze eigentlich mit uns als Fachkräften zu tun?

Wissend, dass wir diese Fragen nie abschließend beantworten können, luden wir Ende 2019 zu einem Fachgespräch ein, um den Bedarf an dieser Thematik zu beleuchten. Das Ergebnis war beeindruckend: deutlich mehr

Teilnehmer:innen als erwartet schienen das Café Maggie in Berlin-Lichtenberg aus allen Nähten platzen zu lassen und einen Großteil der Zeit verbrachten wir damit, Erfahrungen zu teilen, Geschichten zu erzählen und Unsicherheiten zu schildern. Es wurde deutlich: alle Teilnehmer:innen arbeiteten in ihren Einrichtungen und Institutionen mit Jugendlichen, denen sie Rechtsaffinität zuschreiben. Viele Pädagog:innen fühlen sich dabei mit der Thematik überfordert. Mit dieser Erfahrung entschieden wir uns, den für 2020 geplanten Fachtag abermals zum Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen auszurichten und Handlungsoptionen sowie pädagogisches Werkzeug zur Verfügung zu stellen. Der thematische Schwerpunkt dieser Broschüre ist aus fachlicher Perspektive kontrovers. Die vielfältige Kritik an Ansätzen der „akzeptierenden Jugendarbeit“ (v. a. an dem Konzept von Prof. Franz Josef Krafeld, Universität Bremen) mit rechten Jugendcliquen seit Anfang der 1990er Jahre steht symbolisch dafür.

Kinder- und Jugendarbeit ist stets ein Spiegel der Gesellschaft. Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien und zunehmende extrem rechte Diskurse in der Gesellschaft machen vor Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Schulen und der Schulsozialarbeit nicht Halt.

In unseren beruflichen Kontexten erleben wir immer wieder Versatzstücke oder sogar manifeste Positionen, die unserem Auftrag einer menschenrechtsorientierten Profession widersprechen. Rechtsaffine Jugendliche bilden dabei eine besondere Herausforderung. Gerade wenn menschenverachtende Argumentationen aufgenommen und wiedergegeben werden und in Einrichtungen, Familien und im Sozialraum über Provokationen, Bedrohungen und physische Gewalt demokratische und vielfältige Gesellschaften bedroht werden, sind wir aufgefordert, zu handeln. Was sich als „harmlose“ Sprüche und vermeintliche Witze ausdrückt, läuft Gefahr, schnell als „normal“ oder als „andere Meinung“ toleriert zu werden.

Die Berufsethik der Sozialen Arbeit verpflichtet uns, gegen diskriminierende und ausgrenzende Positionen zu arbeiten. Die Soziale Arbeit hat nicht nur die Aufgabe, Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags zu unterstützen - sie soll außerdem auf gesellschaftliche Missstände, soziale Ungleichheit und daraus resultierende Diskriminierungen hinweisen und diesen entgegenwirken. Sie ist anwaltschaftlich an der Seite derjenigen, die gesellschaftlich wie staatlich marginalisiert und diskriminiert werden. Sozialarbeiter:innen streben nach sozialer Veränderung, insbesondere mit und in Repräsentationsfunktion unterdrückter Personen und Personengruppen. Eine Normalisierung demokratiefeindlicher und menschenverachtender Haltungen kann von uns nicht akzeptiert werden. Eine Soziale Arbeit mit klarer demokratischer Positionierung - ohne die Bereitstellung von Freiräumen für die Propagierung und Rekrutierung rechter Ideologien durch rechtsaffine Jugendliche - ist dringend geboten.

Die im Zuge der Coronakrise zunehmend öffentlich geäußerten Verschwörungserzählungen – auf die im Rahmen dieser Publikation nicht vertiefend eingegangen werden kann - haben die aktuellen gesellschaftlichen Umstände weiter zugespitzt. Diese Entwicklungen können Fachkräfte überfordern und Kopfzerbrechen verursachen. Mit dieser Broschüre möchten wir alle Praktiker:innen der Jugendsozialarbeit stärken, in die fachliche Auseinandersetzung zu gehen. Hierfür greifen wir auf die Expertisen und Erfahrungen unserer Referent:innen zurück.

Zu Beginn geht **Dr. Miriam Burzlaff (Dozierende an der Alice-Salomon-Hochschule)** der Frage nach, wie das politische Verständnis der Sozialen Arbeit charakterisiert ist. Das Verständnis, Demokratie und Menschenrechte in das Zentrum fachlicher Arbeit zu stellen, ist der Ausgangspunkt dieser Broschüre, sich politisch im Sinne des Schutzes grundlegender Rechte zu positionieren.

Im Zuge der von rechten Parteien provozierten Debatte um den Begriff des Neutralitätsgebotes im Bildungskontext, verdeutlicht der Text von **Anna Müller** von der **Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)**, dass politische Bildung niemals „neutral“ im Sinne des Zulassens rechter und menschenfeindlicher Haltungen sein kann.

Aylin Karadeniz und **Dr. Ingmar Dette** vom **Mobilen Beratungsteam Berlin (MBT)** zeigen, wie Fachkräfte durch gezielte Reflexionsfragen Handlungssicherheit herstellen können.

Die diversen Facetten gesprächsnarrativer Arbeit als Methode in der Auseinandersetzung mit rechtsaffinen Jugendlichen, stellt im Anschluss der Beitrag von **Elisabeth Hell** und **Hüseyin Karadal** dar. Sie präsentieren damit zugleich einen Ansatz der Arbeit von **cultures interactive e.V.**.

Eva Prausner vertieft mit ihren zwei Beiträgen Erfahrungen und fachliche Standards im Kontext von Elternarbeit aus dem Projekt **ElternStärken**.

Im Text zu geschlechterreflektierender Präventionsarbeit porträtieren **Romy Nowack** und **Markus Weidmüller (AGJF Sachsen e.V.)** genderspezifische Präventionsarbeit und stellen dar, wie der Gebrauch rassistischer Stereotype entlang der Konstruktion klassischer Frauen- und Männerbilder entsteht.

Zum Ende dieser Broschüre freuen wir uns, dass **Tobias Burdukat** vom mit dem sächsischen Demokratiepreis 2019 ausgezeichneten „Dorf der Jugend“ aus Grimma Rede und Antwort gestanden hat. Er berichtet, wie partizipative und diskriminierungssensible Jugendarbeit vor dem Hintergrund einer immer lauter werdenden Rechten gelingen kann und welche Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der „Verletzung des Neutralitätsgebotes“ bereits gemacht wurden.

Wir bedanken uns in diesem Kontext für die mühevollen und wertvollen Arbeit aller Autor:innen. Wir hoffen, dass diese Beiträge den Fachkräften in der Jugendsozialarbeit Mut und Kraft geben, die kommenden gesellschaftlichen und fachlichen Herausforderungen zu bestehen!

Die Fachaustausch-Redaktionsgruppe:
Marcel Dieckmann, Andreas Ziehl,
Berivan Köroğlu, Clara Helene Matthiessen,
Hannes Obens, Corinna Menkow, Wiebke Eltze

Fußnoten

- <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/ueberblick-zur-rechtsextremen-anschlagsserie-in-neukoelln/?lang=de> (Stand März 2019)

Hufeisen, adé!

Kommentar der Fachaustausch-Redaktionsgruppe zur Extremismusideologie

In einzelnen Beiträgen dieser Broschüre, aber auch in Zeitungen oder Fernsehen, wird von Extremist:innen oder Extremismus gesprochen: sei es Rechtsextremismus oder Linksextremismus. Geschuldet ist dies dem Folgen und der Reproduktion der Extremismusideologie. Dieser Begriff stellt eine Ideologie dar, weil er in seiner Verwendung oft ein geschlossenes, politisches Gebäude zur Erklärung der Gesellschaft darstellt. Als Grundannahme besteht das Verständnis, wonach die politischen Einstellungen einem Hufeisen ähneln. Aus diesem Grund wird auch manchmal von der Hufeisentheorie gesprochen. Kernaussage ist, dass es eine breite gesellschaftliche „Mitte“ gäbe und sich an ihren Rändern Extremist:innen befänden, die sich letzten Endes ideologisch viel näher seien, als sie selber glauben. Aber viel wichtiger: sie seien weit weg von der angenommenen „Mitte“.

Empirisch lässt sich diese Annahme nicht nachweisen. Vielmehr zeigt die Ideologie, dass sie ein Kind ihrer Zeit ist. Sie ist in der Zeit des Kalten Krieges entstanden und hatte die Funktion, die „gesellschaftliche Mitte“ zu konstruieren und gegen die angenommenen Feinde der Gesellschaft - Kommunist:innen und Nationalsozialist:innen in Stellung zu bringen. Die Wirkung, dass es eine „gute Mitte“ gäbe und an den Rändern „Extremist:innen“, stellt für die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin eine Entlastungsfunktion dar: Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-feindliches und anderes menschenverachtendes Verhalten kann an die Ränder abdelegiert und die „Mitte“ davon freigesprochen werden. Doch bereits in den 1940er Jahren hatte der Philosoph Theodor

Adorno eine andere Herangehensweise gewählt: seine Pole befanden sich zwischen Emanzipation und Autoritarismus. Für seine Untersuchung zum autoritären Charakter entwickelte er Fragestellungen, die sich zwischen demokratischem Bewusstsein und menschenverachtendem sowie autoritären Einstellungen bewegten. An diesen orientierten sich in Deutschland seit den 2000er Jahren verschiedenste Wissenschaftler:innen.

Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit etc. finden sich in der gesamten Bevölkerung und in allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Die politische Verortung des Einzelnen spielt hierbei nicht immer eine Rolle, denn die genannten Phänomene treten auch in allen Parteien und Gruppierungen auf, jedoch prozentual sehr unterschiedlich. Rechte Organisationen und Parteien haben dabei einen hohen Zustimmunganteil bei rassistischen Einstellungen (gerade in Bezug auf Geflüchtete).

Das Bild der sogenannten „guten Mitte“ hielt somit der Forschung der letzten Jahrzehnte nicht stand. Auch die Annahme, dass Rechte und Linke sich näher seien als sie glauben, wurde widerlegt. Während sich die einen für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Beteiligung einsetzen, wollen die anderen einen Ausschluss verschiedenster Menschen aus der Gesellschaft, die Verminderung von Mitbestimmung und Teilhabe, die Einschränkung oder gar Ablehnung von Menschenrechten und wählen dafür situative Gewalt oder arbeiten in rechtsterroristischen Netzwerken zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Das Festhalten an den Begrifflichkeiten der Extremismusideologie ist oft dem Fehlen anderer Begrifflichkeiten geschuldet. Es braucht neue Wörter, um der Komplexität unserer Gesellschaft gerecht zu werden und der Kampfrhetorik des Kalten Krieges endlich den Rücken zu kehren. Denn die Gefahr, die besteht ist, rechte Tendenzen zu verharmlosen oder gar unsichtbar zu machen.

Die Fachaustausch-Redaktionsgruppe:
Marcel Dieckmann, Andreas Ziehl,
Berivan Köroğlu, Clara Helene Matthiessen,
Hannes Obens, Corinna Menkow, Wiebke Eltze

Ist Soziale Arbeit immer politisch?

Miriam Burzlaff
(Alice-Salomon-Hochschule Berlin)

Ist Soziale Arbeit immer politisch? Diesen Artikel nehme ich als Anlass, um noch einmal etwas genauer über diese Frage nachzudenken. Eine Frage, auf die ich lange und ohne zu zögern ein *Ja* erwiderte. Doch: Ist sie wirklich so eindeutig und ausschließlich mit einem *Ja* zu beantworten? Spätestens ein Blick in einschlägige Literatur Sozialer Arbeit lässt die Antwort etwas komplizierter werden. Bspw. in dem Werk „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ von David G. Gil (2006), einem jüdischen Sozialarbeiter, der im Alter von 14 Jahren vor den Nazis aus Österreich fliehen musste, sind folgende Ausführungen zu finden:

„Politische Neutralität ist [...] eine Illusion, da die sozialarbeiterische Praxis in der Regel – unabhängig von der Intention und dem Bewusstsein der Sozialarbeiter – politische Wurzeln und Konsequenzen hat. Politische Neutralität würde voraussetzen, dass die Professionellen den gesellschaftlichen Status Quo [sic] weder unterstützen noch in Frage stellen.“ (Ebd.: 139)

Die Aussage, dass politische Neutralität eine Illusion ist, begründet sich darin, dass Soziale Arbeit nicht losgelöst von den jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem gesellschaftlichen Klima betrachtet werden kann. Sie ist stets durch diese/s beeinflusst und in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt. Dies spiegelt sich z. B. darin wider, dass geltende Politiken, wie gesetzliche Bestimmungen, Handlungsspielräume von Sozialarbeitenden gleichermaßen eröffnen wie verschließen können. Besonders deutlich wird dies dann, wenn bspw. die AfD Einfluss auf Strukturen Sozialer Arbeit wie die Kinder- und Jugendhilfe nehmen will bzw., wie in Hannover, nimmt: Wer wird ein-, wer aber ausgeschlossen? Sprich: Wer wird als Zielgruppe Sozialer Arbeit adressiert? Was z. B. ist mit queeren und/oder muslimischen Jugendlichen? Oder aber: Was wird aus feministischer Mädchen*arbeit? Welche Ansätze und Projekte werden zukünftig (nicht) weiter gefördert?

Warum „[p]olitische Neutralität [...] eine Illusion ist“ (ebd.),

begründet sich folglich vor allem darin, dass sich Sozialarbeitende zu jeglichen politischen Entscheidungen verhalten müssen: Sie bestätigen und implementieren diese bzw. widersetzen sich diesen. Auch mischen sich Sozialarbeitende in politisch-rechtliche Diskurse ein, um Politiken aktiv (mit) zu gestalten. Die These der Unmöglichkeit politischer Neutralität Sozialer Arbeit aufgrund dessen, dass Soziale Arbeit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt ist, legt nun folgende Schlussfolgerung nahe: Soziale Arbeit ist *immer* politisch.

Den Überlegungen von Gudrun Perko zu z. B. „Social Justice – eine (Re)Politisierung der Sozialen Arbeit“ (vgl. ebd. 2013) folgend, ist die Frage danach, ob Soziale Arbeit immer politisch ist, allerdings nicht länger mit einem grundsätzlichen Ja zu beantworten. In entsprechenden Ausführungen wird u. a. eine „Entpolitisierung der Sozialen Arbeit“ (ebd.: 230) problematisiert bzw. die Notwendigkeit eines Politisch-Seins begründet (vgl. ebd.: 235). Da also die Relevanz eines Politisch-Seins zwar hervorgehoben, jedoch nicht als gegeben per se verstanden wird, ist folgende Antwort auf die im Mittelpunkt dieses Beitrags stehende Frage naheliegend: Soziale Arbeit ist *nicht* immer politisch. Die beiden aufgezeigten und als widersprüchlich erscheinenden Schlussfolgerungen rücken somit die Frage danach ins Zentrum, was genau unter Politik bzw. Politisch-Sein zu verstehen ist. Darauf sei im Folgenden eingegangen.

Die Ausführungen von Perko (z. B. 2017; 2013) basieren auf dem Begriff des Politischen bzw. Politisch-Seins von Hannah Arendt (2011), Cornelius Castoriadis (1990a; 1990b; 1984) und Iris Marion Young (1990). Perko (2017) akzentuiert, dass diese Philosoph:innen Politik nicht mit Parteipolitik gleichsetzen (vgl. ebd.: 61) und sie Politisch-Sein in unmittelbaren „Zusammenhang mit *Handeln als bewusste Intention* und so als Abgrenzung zum Agieren und Tun [denken]“ (ebd. 2017: 60, Hervorhebung M. B.). Insbesondere die Verknüpfung von Politisch-Sein und bewusst intendiertem Handeln begründet die erfolgte Verneinung der Frage danach, ob Soziale Arbeit immer politisch ist. Denn bei dieser Argumentation bleibend ist Soziale Arbeit nur dann als politisch zu verstehen, wenn *intentionale Handlungen* von Sozialarbeitenden auf eine *Gestaltung bzw. Veränderung der Gesellschaft* zielen.

Doch auch wenn Soziale Arbeit nach Perspektive von Perko (2013; 2017) nicht als politisch per se zu verstehen ist, ist ein Fokus entsprechender Ausführungen auf den „ethisch-politischen

SOZIALE ARBEIT
KANN NICHT
LOSGELÖST VON
GESETZLICHEN
RAHMEN-
BEDINGUNGEN
UND
GESELLSCHAFT-
LICHEM
KLIMA
BETRACHTET
WERDEN.

Anspruch“ (Perko 2013: 230) bzw. „ethisch-politischen Auftrag“ (Perko 2018: 115) dieser Disziplin und Profession gerichtet. Konkretisiert wird dieser Auftrag bspw. in den konzeptionellen Überlegungen zur *Diskriminierungskritischen Sozialen Arbeit* (vgl. Perko 2017), deren Ausgangspunkt der international gültige Ethikkodex Sozialer Arbeit ist (vgl. IFSW/IASSW 2004). In diesem Dokument werden Sozialarbeitende, in den Worten Perkos (2017) ausgedrückt, dazu aufgefordert, „gegen Diskriminierung aufzubegehren und Social Justice zu fördern“ (ebd.: 48) – was übrigens auch Kern der Ausführungen von Gil (2006) ist. Eine Realisierung von Social Justice wiederum setzt Handlungen, die aufentsprechende gesellschaftliche Veränderungen zielen, also ein Politisch-Sein, voraus. Per se gegeben ist dies jedoch, wie soeben aufgezeigt, nicht.

Ist an dieser Stelle von einem Widerspruch zwischen der Perspektive von Perko (2013; 2017) und derjenigen von Gil (2006) auszugehen? Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass dies eher ein vermeintlicher denn ein tatsächlicher ist: Denn selbst wenn, Perko (2013; 2017) folgend, Soziale Arbeit als nicht immer politisch zu verstehen ist, so bleibt politische Neutralität Sozialer Arbeit doch eine Illusion. Soziale Arbeit ist und bleibt in Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickt. Ob intentional oder nicht, ob bewusst oder unbewusst, Soziale Arbeit hat immer eine Wirkung. Stellen Sozialarbeitende gegebene Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht in Frage, bedeutet dies, so Gil (2006), die „stillschweigende Unterstützung [der existenten gesellschaftlichen Ordnung] und keinesfalls Neutralität“ (ebd.: 139). Vielmehr ist Neutralität nach ebd. ein „politischer Akt, der die Praxis zu einem raffinierten Werkzeug zur Stabilisierung des Status Quo [sic] macht, und verhindert, dass sie ein Instrument der Veränderung wird“ (ebd.). Laut ethischem Kodex (vgl. IFSW/IASSW 2004) sind Sozialarbeitende jedoch explizit dazu aufgefordert, auch ein „Instrument der Veränderung“ (ebd.) zu sein. Diese Aufforderung impliziert u. a., sich als Sozialarbeitende klar gegen rechte Einstellungen, Rechtsextremismus sowie Rechtspopulismus zu positionieren, sprich: *kein* Auge zuzudrücken und im Falle von Diskriminierungen kritisch zu intervenieren. Und diesbezüglich ist es unerheblich, ob Soziale Arbeit als immer politisch oder nicht als politisch per se verstanden wird. So oder so fällt es laut Ethikkodex in den Aufgaben- und Verantwortungsbereich von Sozialarbeitenden, auf eine Realisierung von Social Justice hinzuwirken – was wiederum unmittelbar mit *Policy Practice* verbunden ist. Denn *Policy Practice* verweist explizit auf die Handlungen von Sozialarbeitenden, die – über die Gestaltung und Implementierung neuer Politiken oder die Veränderung, ggf. Abschaffung bereits existierender Politiken – gesellschaftliche Veränderungen zugunsten von Social Justice fokussieren (vgl. Burzlaff 2020).

Abschließend sei noch einmal explizit zur Ausgangsfrage zurückgekommen: Ist Soziale Arbeit immer politisch? Nicht unbedingt, es kommt auf die Perspektive an. Muss sie es laut Ethikkodex sein? Zweifellos: *Ja*.

Literatur
<p>Arendt, Hannah (2011): „Vita activa oder Vom tätigen Leben“. 10. Aufl., München: Pieper.</p>
<p>Burzlaff, Miriam (2020): „Policy Practice. Eine Einführung mit Fokus auf Curricula Sozialer Arbeit“, in: Rieger, Günter/Wurtzbacher, Jens (Hrsg.): „Tatort Sozialarbeitspolitik. Fallbezogene Politiklehre für soziale Professionen“. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 27-51.</p>
<p>Castoriadis, Cornelius (1990a): „Die griechische Polis und die Schaffung der Demokratie“, in: Ulrich Rödl (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 298-328.</p>
<p>Castoriadis, Cornelius (1990b): „Das Gebot der Revolution“, in: Ulrich Rödl (Hrsg.): „Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie“. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 54-88.</p>
<p>Castoriadis, Cornelius (1984): „Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie“. Frankfurt/Main: Suhrkamp.</p>
<p>Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Kaszner, Corinne/Czollek Max (2019): „Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen“. 2. Aufl., Weinheim/Basel: Beltz Juventa.</p>
<p>Gil, David G. (2006): „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter“. Bielefeld: Kleine Verlag.</p>

International Federation of Social Workers/International Association of Schools of Social Work (2004): „Statement of Ethical Principles“. Online verfügbar unter: <http://ifsw.org/policies/statement-of-ethical-principles/> [05.05.2020].

Perko, Gudrun (2018): „Ethik in der Beratung mit Blick auf eine diskriminierungskritische Beratung“, in: Schulze, Heidrun/Höblich, Davina/Mayer, Marion (Hrsg.): „Macht – Diversität – Ethik in der Beratung“. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 111-125.

Perko, Gudrun (2017): „Social Justice im Zeichen von Diversity, Pluralität und Perspektivenvielfalt: Philosophische Grundlagen für eine diskriminierungskritische Soziale Arbeit“, in: (dies.) (Hrsg.): Philosophie in der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 48-69.

Perko, Gudrun (2013): „Social Justice – eine (Re)Politisierung der Sozialen Arbeit“, in: Großmaß, Ruth/Anhorn, Roland (Hrsg.) (2013): „Kritik der Moralisation. Theoretische Grundlagen - Diskurskritik - Klärungsvorschläge für die berufliche Praxis“. Wiesbaden: Springer VS, S. 227-239.

Young, Iris Marion (1990): „Justice and the Politics of Difference“. Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Haltung oder Zurückhaltung — Schulsozialarbeit und das Neutralitätsgebot

Anna Müller (Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin)

In den letzten Jahren ist überall in der Gesellschaft ein Er-starken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Akteur:innen zu beobachten sowie eine größere Zustimmung zu ihren Inhalten und Positionen. Im Zuge dessen ist Schule und Bildung zu einem zentralen Thema rechtspopulistischer Akteur:innen wie der AfD geworden. Seit 2018 ist zu beobachten, dass Schule und Jugendarbeit im Allgemeinen, aber auch einzelne Schulen und Träger im Speziellen, verstärkt in das Visier von Rechtspopulist:innen geraten.

Dies zeigt sich vor allem bei der von Rechtspopulist:innen forcierten Debatte über ein „Neutralitätsgebot“, das angeblich für Schulen, aber auch für Jugendarbeit gilt. Rechtspopulist:innen bemängeln, dass dieses „Neutralitätsgebot“ von Lehrer:innen und Schulen sowie von Sozialarbeiter:innen und Trägern der Jugendarbeit missachtet oder umgangen würde. Wiederholt forderte zum Beispiel die AfD die Einhaltung des „Neutralitätsgebots“, und zwar regelmäßig in Fällen, in denen sich Schulen und Träger kritisch mit deren Positionen auseinandersetzten. Im September 2018 richtete die AfD Hamburg als erster Landesverband ein Onlineportal ein, über das Verstöße gegen das „Neutralitätsgebot“ gemeldet werden konnten. Dies wurde als ein gezieltes Schüren von Misstrauen gegenüber Lehrer:innen und Pädagog:innen wahrgenommen und hatte zur Folge, dass sich die Atmosphäre für Lehrer:innen verschlechterte. In einigen Fällen kam es sogar zu konkreten Bedrohungen von Lehrer:innen.¹

Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass gezielt bestimmte Schulen und Träger angegriffen und diffamiert werden. Ein Mittel dazu sind parlamentarische Anfragen, die vermeintliche Verstöße gegen das „Neutralitätsgebot“ zum Inhalt ha-

ben, oder parlamentarische Initiativen, die auf die Kürzung oder Streichung von Fördermitteln für Träger zielen. Begleitet werden diese Diffamierungen oft von einer öffentlichen Kampagne gegen die betroffenen Schulen und Träger. Schon die Mitgliedschaft im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder die Durchführung von Veranstaltungen, die sich kritisch mit Rechtspopulismus und der AfD auseinandersetzen, kann ausreichen, um in den Fokus der AfD zu geraten. Auf diese Weise sollen Schulen und Träger sowie Lehrer:innen und Schulsozialarbeiter:innen verunsichert und feministische, Rassismus kritische und inklusive Ansätze in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung zurückgedrängt werden. Kritische Auseinandersetzungen mit antidemokratischen und minderheitenfeindlichen Positionen sollen behindert werden.

Aber nicht nur einzelne Schulen und Träger sollen verunsichert und unter Druck gesetzt werden, sondern auch die zuständigen Verwaltungsstrukturen, Kooperationspartner:innen, Fördermittelgeber:innen und politischen Entscheidungsträger:innen – wodurch der gesellschaftliche Rückhalt für demokratische Projekte schwinden kann. Dies soll wiederum zur Folge haben, dass Schulen und Trägern sich vorsorglich selbst beschränken, um möglichst keine Angriffsfläche zu bieten. Je stärker die Diskursmacht der Rechtspopulist:innen wird und je mehr der Rückhalt für die betroffenen Schulen und Träger schwindet, umso wahrscheinlicher ist es, dass sich rechtspopulistische Positionen gesellschaftlich durchsetzen. Aufgrund dieser Dynamik sind die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft ein Angriff auf die plurale Gesellschaft insgesamt und zu einem rechtspopulistischen Identitätsthema geworden.²

Umgang mit Herausforderungen im Kontext Schule

Schulsozialarbeiter:innen haben die Aufgabe, Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags zu unter-

stützen, Benachteiligung abzubauen, Teilhabe zu ermöglichen und Chancengerechtigkeit herzustellen. Hierbei arbeiten sie mit Lehrer:innen, Schüler:innen und Eltern zusammen und nehmen so eine Scharnierfunktion im Sozialraum Schule wahr. Dabei kann es immer wieder zu Situationen kommen, in denen Unsicherheiten auftreten und die Frage im Raum steht, wie politisch die Arbeit der Schulsozialarbeiter:innen sein darf und wie neutral sie sein muss. Die Frage stellt sich zum Beispiel, wenn überlegt wird, welche Projekte an Schulen angeboten und durchgeführt werden dürfen oder wenn es darum geht, auf welche Weise Themen wie geschlechtliche Vielfalt, Integration und Inklusion oder Diskriminierung und Rassismus mit Schüler:innen behandelt werden können. Sie stellt sich aber auch bei der Gestaltung von Schulräumen oder dem Aufhängen von Plakaten. Nicht zuletzt können sich Schulsozialarbeiter:innen oder ihre Träger auch unmittelbar persönlich mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, durch ihre Aussagen oder ihr Verhalten das „Neutralitätsgebot“ verletzt zu haben.

Für alle diese Fälle gibt es keine pauschale Antwort und keine allgemeingültigen Lösungen. Da jede Situation anders ist, sollte der Umgang immer am Einzelfall entschieden werden. Fachprojekte wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) stehen Einzelpersonen, Schulen und Trägern der Schulsozialarbeit dabei beratend und unterstützend zur Seite. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, sie informiert und begleitet die Umsetzung.

In der Beratungspraxis der MBR hat sich dabei gezeigt, dass bei der Erarbeitung von Handlungsstrategien einige Aspekte immer wieder eine Rolle spielen. Diese sollen im Folgenden kurz dargestellt werden, um für Träger und Schulsozialarbeiter:innen Ansätze aufzuzeigen, eigene Antworten zu finden und Handlungsstrategien zu entwickeln.

Sich die rechtlichen Grundlagen bewusst machen

Verschiedene Gesetze bilden den Rahmen für die Schulsozialarbeit, vom Grundgesetz über das Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) bis zu Länderregelungen wie dem Berliner Schulgesetz und dem Jugendhilfe- und Jugendförderungsgesetz. Allen Gesetzen gemeinsam ist, dass sie nicht nur einen rechtlichen Rahmen liefern, sondern auch Werte für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Schule festschreiben.

Die fundamentale Werteordnung des Grundgesetzes findet eine Konkretisierung in § 1 des Schulgesetzes für das Land Berlin. Das Ziel schulischer Bildung und Erziehung soll „die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“ Diese Orientierung schulischer Bildung und Erziehung an demokratischen Werten und den Menschenrechten zeigt bereits, dass Schule kein neutraler Ort sein kann, sondern von allen Beteiligten ein Eintreten für demokratische Werte fordert. Der Gesetzgeber hat hier einem „Neutralitätsgebot“, wie es Rechtspopulist:innen fordern, eine Absage erteilt.

Sich fachlicher Standards vergewissern

Fachliche Standards und eine Berufsethik der sozialen Arbeit entwickeln sich in einem steten Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis, politischen Ansprüchen und gesellschaftlichen Wertevorstellungen. Standards und Grundsätze sind an verschiedenen Stellen festgehalten: in Gesetzen, in wissenschaftlichen Publikationen, in Beschlüssen von Berufsverbänden oder der Kultusministerkonferenz der Länder.³ Sie besagen unter anderem, dass Jugendarbeit junge Menschen zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie sozialem Engagement anregen und hinführen soll. Sie sollen soziale Kompetenzen und Empathie erlernen, Menschen- und Kinderrechte für sich und für andere anerkennen und Vielfalt akzeptieren.⁴ Aber auch den Beutelsbacher Konsens haben neben Schulen viele Träger außerschulischer politischer Bildung zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht. Dennoch ist die konkrete Auslegung des sehr allgemein formulierten Beutelsbacher Konsenses umstritten. Mitunter beziehen sich Rechtspopulist:innen daher gerade auf diesen Konsens, um ihrer Forderung nach „politischer Neutralität“ Nachdruck zu verleihen. Das „Neutralitätsgebot“ leiten sie dabei aus dem Überwältigungsverbot und dem Kontroversitätsgebot ab. Demnach sollen Themen, die in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert werden, auch im Unterricht kontrovers dargestellt und diskutiert werden. Schüler:innen sollen in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden; sie sollen nicht indoktriniert werden. Die Instrumentalisierung des Konsenses durch Rechtspopulist:innen zielt jedoch darauf ab, dass auch antidemokratische und menschenrechtsfeindliche Positionen im Rahmen der politischen Bildung einen Platz haben müssen. Dabei lassen sie außen vor, dass fachliche Standards sich durch ihren Bezug auf demokratische Werte als solche qualifizieren. Auch der Beutelsbacher Konsens fordert, dass soziale Arbeit sich an Grund- und Menschenrechten orientiert. Daraus folgt, dass nicht alle kontroversen Positionen gleichwertig dargestellt werden müssen, insbesondere solche nicht, die mit den Grund- und Menschenrechten unvereinbar sind. Tatsächlich sollte bei diesen Positionen gerade die Unvereinbarkeit mit den Grund- und Menschenrechten aufgezeigt und begründet werden.⁵

Sich Unterstützung holen

Die meisten Träger haben über die Zeit gute Kontakte und Beziehungen zu Fachkräften, Trägern, Schulen, Verwaltung und Politik gepflegt und sind weiträumig vernetzt. Solche Kontakte und Netzwerke sind eine wichtige Ressource, um sich auszutauschen oder Unterstützung zu suchen. Auf Berliner Ebene haben zum Beispiel 180 Akteur:innen aus den sozialen Bereichen eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich gemeinsam zu den demokratischen Standards sozialer Arbeit bekennen.⁶ Solche gemeinsamen Erklärungen stellen eine wichtige Positionierung in einem gesellschaftlichen Diskurs dar und stärken Betroffenen, die in den Fokus rechtspopulistischer Anfeindungen geraten, den Rücken. Beziehungen und Netzwerke können aber auch genutzt werden, um Erfahrungen und Beispiele guter Praxis im Umgang mit Anfeindungen zu teilen. In einem Austausch auf Augenhöhe können darüber hinaus Bedarfe formuliert und an Politik und Verwaltung herangetragen werden.

ZIEL VON BILDUNG UND ERZIEHUNG SOLL „DIE HERANBILDUNG VON PERSÖNLICHKEITEN SEIN, WELCHE FÄHIG SIND, DER IDEOLOGIE DES NATIONALSOZIALISMUS UND ALLEN ANDEREN ZUR GEWALTHERRSCHAFT STREBENDEN POLITISCHEN LEHREN ENTSCHIEDEN ENTGEGENZUTRETEN [...].“

Eigene Richtlinien ausarbeiten

Leitbilder, Hausordnungen und Handlungsleitlinien bilden ein weiteres Instrument für Träger und Schulen, um sich nach außen und innen zu positionieren. Sie bilden einen Rahmen, auf den sich Schulsozialarbeiter:innen in der täglichen Arbeit und in Konfliktsituationen stützen können. Allerdings hat sich dabei in den letzten Jahren oft gezeigt, dass die bestehenden Leitbilder, Hausordnungen oder Handlungsleitlinien in der täglichen Arbeit nicht präsent sind oder der Aktualisierung bedürfen. Dies kann dazu führen, dass es kein gemeinsames Verständnis mehr über die konkrete Bedeutung beispielsweise der Leitbilder gibt. Hausordnungen und Handlungsleitlinien können dann auch nicht bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen unterstützen. Es ist daher auch unabhängig von konkreten Anfeindungen hilfreich, sich immer wieder mit Leitbildern und Handlungsleitlinien zu befassen.

Widersprüche aufzeigen

Schulsozialarbeit fußt auf demokratischen Werten und unveräußerlichen Menschenrechten und kann daher nicht „neutral“ sein. Sie hat auch den Anspruch, für diese Werte und Rechte einzustehen und sie im Alltag zu implementieren. Dazu gehört es, Position zu beziehen, wenn sie durch antidemokratische und menschenfeindliche Aussagen angegriffen werden, die dahinterstehenden Ideologien so konkret wie möglich zu benennen und zu begründen, wo diese Positionen im Widerspruch mit demokratischen Werten und Menschenrechten stehen.

Zum Weiterlesen

„Auf dem Weg zur autoritären Formierung – Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft“ - von Judith Heinmüller und Hamid Mohseni (MBR)
<https://rechtsaussen.berlin/2019/07/auf-dem-weg-zur-autoritaeren-formierung-angriffe-auf-die-demokratische-zivilgesellschaft>

„Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche“ von Marcel Dieckmann (Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke)
<https://rechtsaussen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechtspopulistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche>

„Das Neutralitätsgebot in der Bildung“ von Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte)
https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf

Fußnoten

- <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-lichtenberg-berliner-spd-politiker-hoenicke-erhaelt-morddrohungen/23239744.html>
- <https://rechtsaussen.berlin/2019/07/auf-dem-weg-zur-autoritaeren-formierung-angriffe-auf-die-demokratische-zivilgesellschaft/>

- https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Menschenrechtserziehung.pdf;
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf
- <https://rechtsaussen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechtspopulistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche/>
- https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Das_Neutralitaetsgebot_in_der_Bildung.pdf
- <https://licht-blicke.org/wp-content/uploads/2018/07/18-07-16-Traegererklaerung-Unterzeichnerinnen-final-endgueltig.pdf>

Handlungssicherheit durch Haltung

Zum Umgang mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit im Kontext der Sozialen Arbeit

Aylin Karadeniz und Dr. Ingmar Dette (Mobiles Beratungsteam Berlin der Stiftung SPI)

Wenn ein Jugendlicher in die Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) kommt, wird es meist laut. Das liegt sicher auch am Alter, aber vor allem an der Freude, mit der er seinen Auftritt inszeniert: Immer in Begleitung seines Fanclubs, grundsätzlich immer dann, wenn sich alle anderen schon eingefunden haben und garantiert immer mit dem Anspruch, ab jetzt den Ton anzugeben. „Platzhirsch auf zwei Beinen“ hat das mal jemand genannt und das trifft die Sache ganz gut. Er ist nicht dumm, ganz im Gegenteil. Er kennt die Hausordnung, er selbst war bei der letzten Überarbeitung ja dabei gewesen. Und da hatte er darauf bestanden, dass die Angebote der JFE vorrangig für die Kinder und Jugendlichen im Kiez bereit gestellt werden sollten - und eben nicht für die „Flüchtlingskinder“, von denen ab und zu aus der nahen Unterkunft einige rüber kamen. Natürlich wurde diese Idee nicht umgesetzt. Aber die Richtung und die Haltung waren damit deutlich geworden: Erst wir, dann die. Die Stimmung in der JFE ist seitdem nicht besser geworden. Und alle Versuche der Erzieher:innen, den Jugendlichen zu einem Perspektivwechsel zu bewegen, schlugen bislang fehl.

Die allermeisten Sozialarbeiter:innen sind für ihr Alltagsgeschäft gut gerüstet. Die Frage nach dem richtigen Umgang mit rechten Einstellungen, mit rassistischen Vorbehalten, judenfeindlichen Äußerungen, sexistischem Verhalten und generell mit alltäglicher Diskriminierung ruft jedoch oft Unsicherheit hervor. Viele Fachkräfte haben den Eindruck, in diesen Fällen

weder gut vorbereitet zu sein, noch Situation und Fall gemäß reagieren zu können. Zu diesem Eindruck tragen verschiedene Umstände bei. Etwa ein hoher Anspruch an sich selbst bei schwach ausgeprägter Neigung, sich Fehler zu verzeihen. Viele arbeiten unter hohem Druck. Diskriminierende und menschenfeindliche Einstellungen sind darüber hinaus nichts, womit sich Menschen gern beschäftigen. Und dann gibt es gerade bei solchen Themen den Impuls, ohne Zeitverzug eine klare pädagogische Linie zu zeigen - selbst wenn der jeweilige Einzelfall mitunter sehr komplex und überhaupt nicht eindeutig ist.

Der systemische Blick: Das Interventionsdreieck

Wenn Sie in Ihrem Arbeitskontext mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind, dann stehen Sie vor ein paar entscheidenden Fragen: Wie wollen Sie reagieren? Auf welcher Ebene werden Sie intervenieren? So, wie es nicht nur eine „richtige“ Interventionsmöglichkeit gibt, wenn man mit menschen- und demokratiefeindlichen Situationen konfrontiert ist, so gibt es auch nicht nur eine Ebene, auf der man intervenieren kann: Als Sozialarbeiter:in stehen Ihnen Ihr Team, der Träger sowie etablierte Arbeitsprozesse und Netzwerke als Ressourcen zur Verfügung. Jede dieser Ebenen bietet verschiedene Ansatzmöglichkeiten und Handlungsoptionen.

Je nach Art und Reichweite eines Diskriminierungsfalls, kann die Intervention auf einer Ebene erfolgen oder ein Zusammenwirken aller Ebenen voraussetzen, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Daher ist es sinnvoll, sich entweder teamintern oder mit externer Begleitung zu überlegen, auf welcher Ebene am besten angesetzt werden kann, um einen Umgang mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu finden.

1 Wie begegnen wir Diskriminierung?
Die Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit findet vorrangig auf der individuellen Ebene und der Teamebene statt: Welche Haltung haben Sie und Ihr Team? Wie wirkt sich diese auf die Arbeit mit Ihren Zielgruppen aus? Die pädagogische Arbeit ist

durch persönliche Erfahrungen und Werte geprägt, die u. a. durch Familie, Sozialisation und Milieuzugehörigkeit geformt wurden. Sich dieser Werte und Prägungen bewusst zu werden, um eine klare innere Haltung zu entwickeln, ist daher wichtig und unterstützt Sie darin, Handlungssicherheit im Umgang mit herausfordernden Alltagssituationen und angemessene Reaktionsmöglichkeiten zu entwickeln. Um eine abgestimmte Teamhaltung entwickeln zu können, ist Raum für Selbstreflexion und regelmäßigen teaminternen Austausch notwendig.

Unterstützende Reflexionsfragen

- Wie sensibilisiert bin ich/sind wir bezüglich verschiedener Diskriminierungsformen?
- Welche Erfahrungen habe ich selbst/hat mein Team mit Diskriminierung und wie wirken sich diese Erfahrungen auf die Arbeit mit der Zielgruppe aus?
- Wie reagieren ich und mein Team auf Diskriminierung? Wovon ist meine/unsere Reaktion abhängig?
- Mit welchen Interventionen habe ich/haben wir in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht und welche waren weniger hilfreich?
- Welche Ressourcen stehen mir persönlich sowie meinem Team zur Verfügung?

2 Welche Strukturen haben wir, um Diskriminierung zu begegnen?

Da sich die Gesellschaft und demokratiefeindliche Erscheinungsformen stetig verändern, ist es angeraten, auf dem Laufenden zu bleiben und sich regelmäßig auszutauschen und fortzubilden. Das kann in Form von Supervision, internen und externen Workshops oder kollegialen Fallberatungen passieren. Im regelmäßigen teaminternen Austausch können Sie und Ihr Team klare Regeln im Umgang mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit (z. B. Hausregeln) erarbeiten und besprechen, wie Sie als Team auf verschiedene Regelverstöße reagieren wollen. Workshops und ähnliche pädagogische Formate können auch der Zielgruppe selbst für die Prävention von und Sensibilisierung für Diskriminierung angeboten werden.

Auf der Strukturebene geht es vor allem darum, die vorhandenen Strukturen und Netzwerke als Unterstützung für die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit zu nutzen bzw. sie dahingehend weiterzuentwickeln und auszubauen.

Unterstützende Reflexionsfragen

- Nehmen wir uns regelmäßig Zeit für Austausch und Reflexion?
- Inwiefern unterstützen unsere Strukturen und Arbeitsprozesse den Umgang mit Diskriminierung und inwiefern behindern sie die Auseinandersetzung mit dem Thema?
- Gibt es Hausregeln, die Vielfalt und gegenseitigen Respekt fördern und eine klare Position gegen Diskriminierung einnehmen? Sind diese in den Räumlichkeiten sichtbar?
- Kennen alle Mitarbeitenden und Zielgruppen die Regeln und ihren Hintergrund? Werden die Hausregeln regelmäßig überprüft und ggf. ergänzt?

**NICHT ALLE
KONTROVERSE
POSITIONEN
MÜSSEN
GLEICHWERTIG
DARGESTELLT
WERDEN,
INSBESONDERE
SOLCHE NICHT,
DIE MIT DEN
GRUND- UND
MENSCHEN-
RECHTEN
UNVEREINBAR
SIND.**

- Sind die Materialien (Spiele, Bücher etc.) diversity- und diskriminierungssensibel?
- Liegen Informationsmaterialien aus, die die Diversität der Gesellschaft und unserer Zielgruppen berücksichtigen?
- Wie beziehen wir die Eltern unserer Zielgruppe ein? Welche Formate gibt es?
- Bieten wir Veranstaltungen und Formate an, die zur Prävention von Diskriminierung beitragen?

3 Wie wird Diskriminierung in unserem Träger und unserer Einrichtung begegnet?

Der Umgang mit Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung sollte nicht allein auf den Schultern der Sozialarbeiter:innen lasten, sondern in einen institutionellen Rahmen eingebettet und durch diesen abgesichert sein. Die Werte und die gesellschaftliche Vision des Trägers spiegeln sich in seinem Leitbild wider, das einen Kompass für die tägliche pädagogische Arbeit bildet und durch sie mit Leben gefüllt wird. Insofern sollte ein Leitbild mehr als nur Papier sein und in regelmäßigen Abständen unter Einbeziehung der Mitarbeitenden überarbeitet werden.

Unterstützende Reflexionsfragen

- Welche Vision für eine Gesellschaft hat unser Träger?
- Hat unser Träger ein diversity- und diskriminierungssensibles Leitbild?
- Unterstützen unser Konzept und unsere Ziele eine Kultur des gegenseitigen Respekts und eine klare Positionierung gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit?

Die ausgeführten Interventionsmaßnahmen sind natürlich nicht schematisch zu verstehen und anzuwenden, sondern sollten auf den jeweiligen Einzelfall angepasst werden. Wie könnte also ein Weg aussehen, angemessen mit der anfangs geschilderten Situation umzugehen?

Das Verhalten des Jugendlichen steht für Situationen, mit denen Sozialarbeiter:innen immer wieder konfrontiert werden: mit Situationen der Ausgrenzung, der Diskriminierung, der Abneigung bezüglich bestimmter unveränderbarer persönlicher Merkmale, mit rassistischen Vorurteilen sowie mit gruppenbezogenem Dominanzverhalten von Kindern und Jugendlichen untereinander. Mitunter treten diese Situationen plötzlich auf, manchmal kündigen sich bestimmte Entwicklungen auch schon länger an. Immer jedoch gibt es den Moment, in welchem Sie als Fachkraft in der Verantwortung stehen - und in den allermeisten Fällen ist die Situation auch schon wieder vorbei, bevor jemand die Gelegenheit hatte, angemessen zu reagieren. Hinterher ist man immer klüger - das gilt glücklicherweise auch für den Umgang mit geäußerten abwertenden Einstellungen bei Kindern oder Jugendlichen.

Im geschilderten Fall gibt es bereits eine Hausordnung - und daneben eine Alltagspraxis, die zunehmend Probleme bereitet. Regeln allein sind also keine Garantie für einen nicht-diskriminierenden Umgang, sie müssen zur Einrichtung, deren Auftrag und Arbeit passen. Und sie sind nur so gut, wie sie auch akzeptiert werden, selbst bzw. gerade von den „Platzhirschen“, den Stärkeren, den Tonangebenden. Das Einfordern

von Vorrechten von etablierten Nutzer:innen, das Ausspielen informeller Vorsprünge an Wissen, Know how und Handlungs-routinen gegenüber neuen Nutzer:innengruppen ist überall dort, wo bereitgestellte Angebote genutzt werden, ein alltägliches Phänomen. Wird dieses Verhalten über längere Zeit geduldet, etablieren sich Machtverhältnisse, deren Thematisierung im beispielhaften Fall mindestens ebenso herausfordernd sein wird, wie die Diskussion zur Überarbeitung der Hausregeln.

Es gibt also nicht den einen „richtigen“ Weg für den Umgang mit demokratiefeindlichen und diskriminierenden Äußerungen, sondern eine Vielfalt an Strategien. Jede neu reflektierte Erfahrung erweitert das eigene Handlungsrepertoire und steigert so die Handlungssicherheit. Diese Professionalität müssen der Jugendliche und alle anderen Kinder und Jugendlichen erwarten können. Auch und besonders in schwierigen Zeiten.

Erzähl doch mal ... !

Im Gespräch mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen? Der Ansatz der narrativen Gesprächsgruppen in der Rechtsextremismusprävention.

Elisabeth Hell und Hüseyin Karadal
(Cultures Interactive e.V.)

Der Verein "Cultures Interactive e.V." bietet Radikalisierungsprävention an Schulen in rechtsextrem-nationalistisch geprägten ländlichen Regionen. Im Projekt "Narrative Gesprächsgruppen an Schulen" finden sich die Schüler*innen der Mittelstufe einmal wöchentlich zu einer themenoffenen Gesprächsrunde zusammen. Das Hauptziel der narrativen Gesprächsgruppen ist es, vorurteilsbehaftete, menschenfeindliche und auf Vorstellungen von Ungleichwertigkeit beruhende Haltungen im offenen Gespräch miteinander zu bearbeiten- und dies mit besonderem Fokus auf die damit verbundenen Affektzonen (vgl. Baer/Weilnböck/Wiechmann 2019: 5). Dieser Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass radikale, menschenfeindliche Einstellungen und Weltbilder immer auch komplexe Gedanken-Emotionen-Konstrukte sind. Die präventive Wirkung von rationalen Argumenten und Faktenwissen gegen Radikalisierungsprozesse ist daher begrenzt. Die pädagogische Arbeit in den narrativen Gesprächsgruppen setzt daher auf die vier folgenden Prinzipien:

Erzählen und Zuhören statt argumentieren: der narrative Ansatz

In den Gesprächsrunden teilen die Jugendlichen Erlebnisse, Beobachtungen, Gedanken miteinander. Im Mittelpunkt steht ihre unmittelbare Lebenswelt. Dabei werden wichtige soziale Kompetenzen gestärkt, nämlich das Erzählen und das aufmerksame, aktive und respektvolle Zuhören. Beim Erzählen wird das Erlebte nochmals erlebt und verarbeitet, was nachhaltige Veränderungsprozesse anstoßen kann (vgl. Baer/Weilnböck/Wiechmann 2019: 4). Die Themenkomplexe sind vielfältig und

reichen von Schule/Klasse, Liebe/ Sex/Gender, Kindheit/Eltern/ Familie, Vergangenheit/Gegenwart/Zukunft, Ängste/Sorgen bis hin zu Krankheit/ Tod und Suizid.

Soziale Dynamiken in heterogenen Gruppen nutzen: der Ansatz der Gruppenselbsterfahrung

Das Setting in der Gruppe orientiert sich im weitesten Sinne an der sozialtherapeutischen Methode der Gruppenselbsterfahrung und wird an den Schulkontext angepasst. Wir betrachten eine Schulklasse als sozialen Kosmos, in dem sich [...] Gesellschaft im Kleinen [ereignet], mit all ihren Potenzialen und Schattenseiten" (Weilnböck 2019: 5). Von Anfang an widmen wir uns ganz bewusst den vorhandenen Dynamiken mit all ihren Machtstrukturen und Rivalitäten, den Konflikten und den Mobbingfällen in der Klasse und versuchen gemeinsam mit den Schüler*innen Veränderungen anzustoßen. Mit Blick auf den Anspruch der Rechtsextremismusprävention versuchen wir rechtsextrem orientierte Cliques als solche zu identifizieren, diese Strukturen offenzulegen, sie zu bearbeiten und die vorhandenen Gegenstimmen in den Klassen zu stärken.

Vertrauen üben und aktiv gestalten: die Praxis der Vertraulichkeit

Vertraulichkeit fällt Jugendlichen erfahrungsgemäß nicht so leicht. Gerüchte und Mobbing sind in Schulen an der Tagesordnung und dienen zur Absicherung der bestehenden Machtverhältnisse. Wir üben mit den Gruppen daher ganz bewusst die Praxis der Vertraulichkeit. Anhand der Fragen, welche Informationen können aus den Gruppen hinausgetragen werden? Wie gehe ich mit sensiblen und persönlichen Erzählungen um? Was kann, darf und muss ich an Erwachsene weiterleiten? üben wir mit sensiblen Informationen verantwortungsvoll umzugehen und Gerüchten zu widerstehen. Diese Fähigkeit stärkt die Resilienz gegenüber Verdachts-, Verfolgungs- und Verschwörungstheorien. Mit Blick auf gewalttätige und/oder rechtsextreme Jugendliche wissen wir, dass diese "in einem subjektiven Misstrauens-System leben, das mitunter paranoide Züge annehmen kann" (Baer/Weilnböck/Wiechmann 2019:11f.). In diesem Sinne gehört die Vertrauensbildung zum "Einmaleins" der Gewalt- und Radikalisierungsprävention.

No hate speech here: das Time-Out Verfahren

Um sicher zu stellen, dass die Gesprächsgruppe von Einzelnen oder Cliques nicht als Bühne zur ideologischen Agitation oder als Machtmissbrauch benutzt wird, gibt es die Möglichkeit derartigen Störer*innen eine Pause im sogenannten Time-Out anzubieten. Hier kann im Einzel- oder Kleinstgruppen-Setting weiterhin ein Gespräch stattfinden. Der Verweis ins Time-Out wird somit als Gelegenheit genutzt, um den Unterschied zwischen freier Meinungsäußerung und diskriminierendem, menschenverachtendem und gewaltvollem Sprechen deutlich zu machen, sodass sich der Schutzauftrag der Gruppenleiter*innen für alle Anwesenden erschließt (vgl. Baer/Weilnböck/Wiechmann 2019: 3ff.).

Entlang der oben genannten Prinzipien moderieren und begleiten wir als Gruppenleiter*innen Gesprächsrunden. Wir sorgen für eine respektvolle Rahmung und binden möglichst alle Teilnehmer*innen ein. Wir ordnen die Themen und zeigen Zusammenhänge zwischen Erlebnissen der Jugendlichen und gesellschaftspolitischen Konfliktfeldern auf: Wo bestehen Parallelen zwischen den Genderverhältnissen in unserer Klasse und dem systematischen Sexismus-Homophobie-Komplex in rechten Weltbildern? Was hat das Teilen von Nazisymbolik im Klassenchat mit den rechten Strukturen in meiner Umgebung und mit rechtem Terror überhaupt zu tun? Gibt es hier Zusammenhänge und wie bin ich an ihnen beteiligt? Dabei überrascht es nicht, dass die Jugendlichen in den Gesprächsgruppen aus dem sexistischen, antisemitischen, rassistischen und ableistischen Repertoire dieser Gesellschaft schöpfen - und so sind wir in den Gruppen mit menschenfeindlichen Einstellungen, Fake News und Verschwörungstheorien konfrontiert.

Von der Holocaust Relativierung zum Nachdenken über sich selbst: Ein Beispiel

An einer Schule die relativ stark von rechtsextremen Strukturen betroffen ist, kommt es dabei zu folgender Situation: Ein fünfzehnjähriger Teilnehmer vertritt die Ansicht, dass „das mit dem Holocaust gar nicht so schlimm war“, er leugnet die deutsche Verantwortung, relativiert den Genozid durch Verweise auf deutsche Kriegsgefangene in Russland und echauffiert sich schließlich "[...] an der Schule darf man über sowas sowieso überhaupt nicht reden“. Auch wenn es uns nicht immer leicht fällt, werden in den Gesprächsgruppen inkorrekte, faktisch falsche, abwertende Beiträge nicht sofort gestoppt oder tabuisiert, denn rechtsaffine Jugendliche sind es gewöhnt, dass ihre Ansichten außerhalb rechter Milieus in Frage gestellt oder gestoppt werden. Der Widerspruch durch „Gegen-Narrative“, durch das Streiten und Diskutieren mit Argumenten und Fakten ist zweifellos an vielen Stellen wichtig und richtig, beispielsweise im Fachunterricht. Dieses Vorgehen stellt für rechtsextrem orientierte Jugendliche aber meist keine besondere Herausforderung dar. Ganz im Gegenteil: Sie sind darauf sehr gut vorbereitet und „ausgestattet“ mit ihren eigenen „Wahrheiten“ können sie argumentativ oft nicht so einfach „geschlagen“, geschweige denn nachhaltig überzeugt werden. Deshalb setzen wir in den Gesprächsgruppen auf eine kritisch zugewandte Haltung in Kombination mit einem hinterfragenden Ansatz. Zunächst nehmen die Teamer*innen aber eine Einschätzung der jeweiligen Situation anhand folgender Fragen

vor: Lässt die Zusammensetzung der Gruppe eine Vertiefung des Themas überhaupt zu? Oder werden anwesende Mitschüler*innen durch das Gespräch verletzt? Welche Motivation steht hinter der getätigten Aussage? Ist hier eine gezielte Verletzungsabsicht gegenüber Anwesenden zu erkennen? Dient die Aussage dazu das Gespräch zu „sprengen“ oder sogar zu boykottieren? In diesen Fällen werden die entsprechenden Teilnehmer*innen ins Time-Out gebeten. Zudem fragen wir uns, ob in der Gruppe ausreichend viele Gegenstimmen vorhanden sind, um die getätigte Aussage in der Gesamtgruppe überhaupt diskutieren zu können, ohne damit zur Verbreitung von rechten Gedankengut beizutragen? Zum Zeitpunkt des Gruppenprozesses in der oben geschilderten Situation haben wir besagten Jugendlichen zwar als Teilnehmer mit manifestem rechten Weltbild, aber auch als aufrichtig gesprächsbereiten Teilnehmer kennengelernt. Mit dem Wissen um die in der Gruppe vorhandenen starken Gegenstimmen (gegen Rechts), beschließen wir den Teilnehmer weiterhin im Gespräch zu halten und das Thema zu vertiefen. Wir versuchen den Erfahrungshintergrund der Aussage zu erschließen und gehen dabei nach dem folgenden Muster vor: Nein-aber-erzähl-doch-mal. Konkret signalisieren wir also: Bezogen auf den Holocaust sind wir ganz anderer Meinung, wir haben auch ganz andere Informationen als du und finden deine Aussage sehr problematisch: aber erzähl doch bitte mal, wie du dazu kommst und woher du diese Informationen nimmst? Mit wem sprichst du sonst so über solche Gedanken? Wir binden dabei die anderen Teilnehmer*innen mit ein und kommen ins Gespräch darüber, wie und wo rechte Inhalte zugänglich sind und wie sie (an der Schule) verbreitet werden. Dabei distanziert sich der Großteil der Teilnehmer*innen ganz deutlich von der Aussage ihres Mitschülers und bewerten diese als eine „klassische Holocaustleugnung“. Durch eine starke Moderation kann die wertschätzende Atmosphäre aufrechterhalten und die Gruppendynamik dazu genutzt werden, mit lebensweltlich orientierten Fragen der Relativierung des Holocaust zu widersprechen, ohne mit besagtem Fünfzehnjährigen an dieser Stelle in die Konfrontation zu geraten. Um die Situation noch tiefgreifender zu bearbeiten, stellen wir dem Schüler gegen Ende der Schulstunde aber auch noch eine ganze andere Frage: "Wenn ich dir so zuhöre, frage ich mich vor allem, ob du denn vielleicht ein grausamer Mensch bist. Kannst Du mir eine Situation aus deinem Leben erzählen, wo du sagen würdest, ja da war ich grausam – und manchmal bin ich ein grausamer Mensch?" Wir zielen darauf ab einen Prozess der Selbstreflexion anzustoßen, nämlich die Hintergründe und Motive der eigenen Aussage genauer zu ergründen. In der nächsten Sitzung bringt besagter Teilnehmer das Thema selbst auf den Tisch. "Nein, ich bin nicht grausam", versichert er uns. Er wisse selbst nicht warum, aber er sei einfach gefühlskälter als Andere und habe keine Berührungsängste mit dem Tod. Daher wolle er nach der Schule auch zur Bundeswehr, um zu testen wie denn die Berührung mit Krieg und Tod sei. "Ich glaube mir würde das nichts ausmachen." Das ist ein bemerkenswerter Moment für die Gruppe: Der sonst so provokante Wortführer hat offensichtlich über sich selbst nachgedacht und teilt seine Gedanken aufrichtig mit der Gruppe. Er stellt seine eigene Gefühllosigkeit in einen Zusammenhang mit der Frage nach Grausamkeit und bemüht sich um eine aufrichtige Antwort. Als Gesprächsleiter*innen greifen wir seine Überlegungen auf: "Jetzt sagst du hier was sehr Interessantes über dich selbst. Aber hattest du, und auch ihr Anderen, hattet Ihr schon einmal Berührungen mit dem Tod?" Die Schüler*innen beginnen auf

**BEZOGEN AUF
DEN HOLOCAUST,
SIND WIR GANZ
ANDERER
MEINUNG, WIR
HABEN ANDERE
INFORMATIONEN
UND FINDEN
DEINE AUSSAGE
PROBLEMATISCH:
ABER ERZÄHL
DOCH BITTE MAL.**

eigenen Vorschlag hin eine Erzählrunde und jede*r erzählt von einem Sterbefall in der Familie oder im nahen Umfeld. Dabei zeigen sich noch zwei bis drei andere der rechtsaffine Wortführer*innen emotional sehr berührt. Auch besagter Fünfzehnjährige erzählt vom Sterben seiner Großmutter väterlicherseits und auch davon, dass sein Vater darauf emotionslos reagiert habe. Am Ende seiner Erzählung stellt er die Vermutung in den Raum, dass seine Eltern „selbst dann nicht traurig wären, wenn er sterben würde“. So ergibt sich ein weiterer Moment von großer Intimität innerhalb der Gruppe. Es stellt sich nun die Frage, welche Wirkung wurde durch diesen Gesprächsverlauf eigentlich erzielt? Zum einen haben sich mehrere milieue- und familiär bedingt rechtsextrem geprägte Jugendliche in der Runde als aufrichtige, emotional zugängliche und durchaus verletzbare Gesprächspartner*innen gezeigt. Dies ist sowohl für sie selbst als auch für die Mitschüler*innen ein wichtiger Schritt. Zum anderen konnten wir anhand der persönlichen Erlebnisse der Einzelnen einen ganzen Themenkomplex bearbeiten, welcher für die Rechtsextremismusprävention mit (rechtsaffinen) Jugendlichen eine sehr hohe Relevanz hat. Ausgehend von der Relativierung des Holocausts, gelangten wir über die Frage nach Grausamkeit, nach Gefühllosigkeit zu den familiären Strukturen der Schüler*innen, dem Erleben von Krisen und Verlusten, dem Umgang damit in Verbindung mit den Geschlechterverhältnissen und dies alles, und hierin liegt der Knackpunkt, immer im Zusammenhang mit den damit verbundenen Emotionen. Dies ist deshalb so relevant, weil gerade das Unvermögen mit Veränderungen, Unsicherheiten und Krisen umzugehen besonders im Jugendalter eine wichtige Rolle bei Radikalisierungsprozessen spielt. Zudem wirken die Themen Krise, Verlust, Veränderung, Bedrohung und Ohnmacht auch auf diskursiver Ebene in Form von rechten Narrativen, die beispielsweise vor „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ warnen, täglich auf Jugendliche ein. Unser Ansatz, die hier angeregte Selbstreflexion, zielt daher auf jenen „Gedanken-Emotionen-Komplex“, welcher hinter den konkreten Inhalten der radikalisierten Weltanschauung liegt. Im Kontext der stetigen Evaluation unserer Arbeit schlussfolgern wir daher für den oben beschriebenen Gesprächsverlauf, dass hier mit Blick auf die Zielgruppe, nämlich rechtsextrem orientierte Jugendliche, bereits die größtmögliche Wirkung erzielt worden ist, “[...] wenn der besagte Teilnehmer oder seine Mitschüler*innen sich in Zukunft bei solchen und ähnlichen Aussagen an den Gesprächsverlauf erinnern wird, und zwar nicht ohne nachhaltig gemischte Gefühle zu bekommen und wenn das entscheidende Gesprächsereignis von der Gruppe geteilt wird, die daran unmittelbar Anteil hatte und mitwirkte” (In Vorbereitung für <http://cultures-interactive.de/de/das-projekt-narrative-gespraechgruppen.html>). Die Fähigkeit kritisch und aufrichtig über sich selbst nachzudenken, kritische Fragen in Bezug auf die getätigte Aussage und die eigenen Einstellungen zuzulassen, tiefe Einblicke in die eigene Gefühlswelt zu geben und diese mit einer Gruppe von Gleichaltrigen zu teilen, ist für diese Zielgruppe bemerkenswert und kann mit Blick auf die oben beschriebenen Prinzipien und Ziele der Präventionsarbeit als Erfolg bewertet werden. Allerdings muss auch angemerkt werden, dass der Anlass des Gesprächs, die Relativierung des Holocaust, an dieser Stelle von uns nicht noch einmal aufgegriffen und diskutiert wurde. Damit ist klar, dass weder die Relativierung des Holocaust auf der Ebene historischer Fakten noch die damit verbundenen antisemitischen Inhalte in diesem Rahmen ausreichend aufgelöst wurden. Es ist wichtig, dass dies an anderer

Stelle weitergeführt wird z.B. im Fachunterricht und in anderen Formaten der politischen Bildung, was unsererseits an die entsprechenden Lehrkräfte weitergeleitet wurde.

Was bietet der narrative Ansatz für die (offene) Jugendarbeit?

Das oben geschilderte Vorgehen kann nicht auf jeden beliebigen Kontext übertragen werden. Räume der Jugendarbeit dürfen nicht für die Äußerungen von diskriminierenden, gewaltvollen und teilweise rechtsextremen Inhalten geöffnet werden. Auch in den Gesprächsgruppen müssen die Grenzen hier von Sitzung zu Sitzung neu ausgelotet werden. Die Gesprächsgruppen bieten aber ein intensivpädagogisches Setting mit geschulten Pädagog*innen, in dem dies möglich und sehr wirksam ist; zudem bezieht sich der pädagogische Ansatz auf eine spezifische Dimension von Radikalisierungsprozessen. Allerdings können einzelne Aspekte dieses Vorgehens auch für den Rahmenkontext der Jugendarbeit aufgegriffen werden. Angebote der Jugendarbeit können (Frei-) Räume schaffen, in denen intrinsisch motivierte Veränderungsprozesse bezüglich rechter Einstellungen schrittweise angeregt und unterstützt werden. So kann beispielsweise Vertraulichkeit im Alltag im offenen Treff geübt werden. Streit, Gerüchte, Hetze, bieten hier tagtäglich Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Präventionsarbeit. Und auch die pädagogische Arbeit mit Gruppendynamiken kann in jedem Jugendclub bewusst präventiv gestaltet werden: Jeder*r Jugendclub stellt mit seinen Stammesbesucher*innen, deren sozialen Positionierungen und den (teilweise konkurrierenden) Peergroups einen sozialen Kosmos dar. Insbesondere Projekte, Workshops, Ausflüge oder Reisen, also Angebote die ein bisschen mehr Kontinuität bieten als der offene Treff können hier genutzt werden. Mit Blick auf den Anspruch der Rechtsextremismusprävention besteht die Herausforderung in der pädagogischen Arbeit mit heterogenen Gruppen immer darin den Schutz für von Diskriminierung betroffene Jugendliche unbedingt zu gewährleisten und gleichzeitig Wege zu finden mit denjenigen im Gespräch zu bleiben, welche gefährdet sind durch rechte Ideologie und Agitation. Aus den Erfahrungen in den Gesprächsgruppen empfiehlt sich im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen generell eine kritisch-zugewandte Haltung in Kombination mit einem hinterfragenden Ansatz sowie die stetige Weiterentwicklung lebensweltlich orientierter Präventionsmaßnahmen, die an den jeweiligen Kontext angepasst werden müssen.

Literatur

<http://cultures-interactive.de/de/das-projekt-narrative-gespraechgruppen.html>

Weilnböck, Harald (2019): Erlebnisbericht über die pädagogische Arbeit in narrativen Gesprächsgruppen an mehreren Schulen im ländlichen Raum in verschiedenen Bundesländern. Berlin. Stand vom 05/2019. Online unter: <http://cultures-interactive.de/de/fachartikel.html>

Baer, Silke/Weilnböck, Harald/Wiechmann, Peer (2019): Wirksame Deradikalisierung: Zur Methodik von 'Timeout-Gespräch' und 'Wir-unter-uns-Gruppe' - und der Faktor Kultur in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen. Berlin. Online unter: <http://cultures-interactive.de/de/fachartikel.html>

Eltern, Jugendliche, rechtsextreme Haltungen? Was tun!

Diskriminierendes Verhalten von Eltern in Schule - Handlungsmöglichkeiten und Qualitätsstandards

Eva Prausner
(Projekt ElternStärken)

In meinem Beitrag stelle ich ein Praxisbeispiel im Kontext von Schulsozialarbeit vor. Einige Aspekte sind auf Arbeitsfelder der Jugend(sozial)arbeit übertragbar. Diese Fallgeschichte einer Mutter, die einen Jungen auf dem Schulhof rassistisch beleidigt, wurde von Teilnehmenden im Rahmen einer Fortbildung von ElternStärken zur Diskussion gestellt. Es ging dabei nicht um die Vermittlung eines „Rezeptwissens“ bzw. um eine festgelegte Verfahrensweise im Umgang mit extrem rechten und gruppenfeindlichen Phänomenen, sondern um die Stärkung diskriminierungskritischer Perspektiven, also um Reflexions- und Handlungskompetenzen von zuständigen Berufsgruppen. Der erste Teil dieses Textes beschäftigt sich mit Fragen der unmittelbaren Interaktion zwischen Fachkräften und Eltern; der zweite Teil stellt einige Qualitätsaspekte und Handlungsfelder für eine diskriminierungskritische Schulentwicklung vor.

Fallbeispiel

Eine Mutter eines Schülers beschimpft einen anderen Jungen (11 Jahre) auf dem Schulgelände rassistisch und sehr aggressiv. Sie benutzt das „K“- Wort. Die Fachkräfte reagieren sofort, indem sie versuchen, die Mutter zu stoppen.

Die Teilnehmenden des Seminars sind sich darüber einig, dass bei Diskriminierungen sofort eingegriffen werden muss, um das adressierte Kind zu schützen und um allen in der Situation anwesenden Schüler:innen zu signalisieren, dass Diskriminierung nicht erlaubt ist. Alle sollten sich sicher sein können, dass die Fachkraft zentrale Werte des achtsamen Miteinanders vertritt und transparent macht: Niemand darf aufgrund eines Identitätsmerkmals diskriminiert werden.

Folgende Interventionsmöglichkeiten wurden von den Teilnehmenden ergänzt:

„Stopp! So reden Sie nicht mit unseren Kindern! Sie haben nicht das Recht, unsere Kinder zu beleidigen. Beruhigen Sie sich! Lassen Sie uns nicht vor den Kindern streiten und kommen Sie mit mir darüber. Das reicht jetzt.“

Im nächsten Schritt wendet sich die Fachkraft bzw. im günstigsten Fall eine weitere Person dem Kind zu, dass diskriminiert wurde:

„Es ist gemein von der Mutter, Dich mit so einem bösen Schimpfwort zu beleidigen. Das ist nicht erlaubt und verstößt gegen die Kinderrechte. Du hast nichts falsch gemacht. Ich fand das sehr mutig von Dir, wie Du Dich gerade gegenüber einer Erwachsenen gewehrt hast. Was möchtest Du jetzt am liebsten tun?“

Der Vorschlag eines Teilnehmenden, die Mutter sofort vom Schulhof zu verweisen, wurde kontrovers diskutiert: Die weitere Zusammenarbeit mit der Mutter könnte unterbrochen bzw. erschwert werden, und das (ebenfalls anwesende) Kind der Mutter noch mehr unter dieser konflikthafter Situation leiden. Wir befinden uns hier in einer Dilemmasituation. Es

geht einerseits darum, klare Grenzen zu ziehen bzw. das diskriminierende Verhalten der Mutter zu delegitimieren und die Würde des Kindes zu bewahren und andererseits nicht aus dem Blick zu verlieren, dass auch das Kind der Mutter in dieser Situation geschützt werden muss. Was hat hier Priorität? Was tun, wenn die Mutter nicht aufhört, sich in dieser Weise anderen gegenüber zu verhalten? Wenn es nicht gelingt, sie zur Seite zu nehmen, zu beruhigen und de-eskalierend auf sie einzuwirken? Müsste hier der Schutz der Kinder oberste Priorität haben und die Mutter des Schulhofes verwiesen werden?

In der Diskussion werden hierzu weitere mögliche Schritte nach der Konfliktsituation auf dem Schulgelände besprochen. Immer geht es darum, die Situation der beteiligten Kinder im Blick zu behalten und sich Fragen zu stellen, die den Kontext der Situation und die Perspektiven der Betroffenen möglichst gründlich beleuchten:

Die Eltern des diskriminierten Jungen sollten über die Situation informiert und zum Gespräch eingeladen werden, ohne die Selbstbestimmungsrechte des Jungen aus dem Auge zu verlieren.

- Wird er informiert oder gefragt, ob er lieber (erst) selber mit seinen Eltern darüber reden möchte?
- Möchte er den Vorfall vielleicht auch lieber für sich alleine klären oder in einem durch die Schulsozialarbeit moderierten Gespräch mit dem Sohn der Frau?

Mit der Mutter ein Konfliktgespräch führen, um wichtige Voraussetzungen für die Klärung der Situation zu schaffen.

- Spontane Tür- und Angelgespräche wären zu vermeiden (Mutter eingeschränkt aufnahmefähig), vielmehr sollte die Fachkraft selbst einen angemessenen Rahmen und die Bedingungen für das Konfliktgespräch festlegen.
- Welche unbeteiligte dritte Person könnte das Vertrauen der Mutter genießen und bei dem Konfliktgespräch dabei sein?
- Bekräftigen Sie stets das gemeinsame Ziel, zum Wohl des Kindes zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig wird sich aktiv um die konstruktive Zusammenarbeit mit der Mutter und um eine Aufarbeitung der Situation im Gespräch bemüht.
- Der Mutter müsste verdeutlicht werden, dass ein solches Auftreten den Kindern schadet und sie auch das eigene Kind in Loyalitätskonflikte bringen kann.
- Versuchen Sie, zunächst ein kleines Gesprächsziel zu erreichen und dieses konsequent weiter zu verfolgen¹ – etwa eine Vereinbarung zu treffen: z. B. es darf kein Kind bedroht, beleidigt und diskriminiert werden. Auch die Mutter kann sich Unterstützung holen, wenn sie Sorge um das Wohl ihres Kindes hat.
- Es ist in Ordnung, das Gespräch abubrechen, wenn die Fachkraft und die Mutter zu keiner Konfliktlösung beitragen können. Es sollte aber unmittelbar ein neuer Termin vereinbart werden, um das Gespräch fortzusetzen.² Iris Nentwig-Gesemann empfiehlt für die Arbeit mit besonders herausfordernden Eltern für den Kita-Bereich: „Durch die regelmäßigen Feedbacks an die Mutter signalisiert das Team zweierlei: Zum einen wird sie, sofern es um ihr Kind geht, einbezogen und damit ernst genommen, zum anderen stellen diese Kontakte auch eine Art „Inpflichtnahme“ dar – die Mutter kann sich ihrer Rolle und Verantwortung nicht so ohne Weiteres entziehen, ihre Kooperation wird auf diese Weise eingefordert.“³

DISKRIMINIERUNGEN LASSEN SICH NICHT MIT EINER INTERVENTION ALLEINE ERLEDIGEN. SIE MÜSSEN EINGEBETTET SEIN IN EIN INKLUSIVES GRUND-KONZEPT.

Zu klären wäre hier auch, ob die rassistische Einstellung der Mutter Auswirkungen auf das Erziehungsverhalten bzw. auf das Spiel- und Sozialverhalten ihres Kindes hat und welche pädagogischen Schritte für dieses Kind wichtig wären. Die Normen, Werte und Regeln der Einrichtung werden durch die Fachkraft offen vertreten, sie gelten als unmissverständlich und unverrückbar. Alle in Kita (bzw. Schule, E.P.) involvierten Personengruppen haben dafür Sorge zu tragen, dass Menschen- und Kinderrechte nicht in Frage gestellt werden. Fachkräfte übernehmen hier die Anwaltschaft als Kernaufgabe ihrer pädagogischen Arbeit.⁴

Qualitätsstandards für die „diskriminierungskritische Schule“

Im „Praxisbuch Diskriminierungskritische Schule“⁵ werden zum Umgang mit Diskriminierungen im Schulkontext eigene Qualitätsstandards entwickelt; einige Aspekte sollen hier abschließend vorgestellt werden:

Diskriminierungskritische Schulkultur als demokratischen Auftrag entwickeln

Diskriminierungen lassen sich nicht mit einer Intervention alleine erledigen. Sie müssen eingebettet sein in ein inklusives Grundkonzept. Es geht hier nicht nur um den Schutz von Schüler:innen, die auch in der Gesellschaft ein erhöhtes Risiko haben benachteiligt zu werden, sondern darum, dass Schule und Einrichtungen der Sozialen Arbeit Räume schaffen, in denen eine „diskriminierungskritische Menschenrechtsbildung“⁶ für **alle** selbstverständlicher Bestandteil des Alltags ist. Die Annahme, dass Schüler:innen über gleiche Ausgangsbedingungen verfügen, sollte hinterfragt sowie eine Reflexion über die Verletzbarkeit aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten und reeller gesellschaftlicher, historisch entstandener Ungleichheitsverhältnisse angeregt werden.

Kultur der Ansprechbarkeit schaffen

Die Schule ermöglicht es Schüler:innen, Eltern und Fachkräften, Diskriminierungen und menschenfeindliche Vorfälle benennbar und besprechbar⁷ zu machen, durch niedrigschwellige Angebote und Präsenz in der Schule (Vielfalt von Vertrauenspersonen, vertrauliche Zugänge, Plakate, die Vielfalt abbilden, als Thema im Unterricht, Anlaufstellen, Infomaterial von außerschulischen Beratungsstellen).

Geregeltes Verfahren nach einer Beschwerde

Wenn Konflikte auftreten, haben Schulen ein geregeltes Verfahren, damit Beschwerden⁸ verlässlich bearbeitet werden können. Die Möglichkeit, sich bei Diskriminierungen Unterstützung zu holen, ist allen Schüler:innen und Eltern bekannt.

Prävention richtet sich an Alle

Krisen und Konflikte werden zum Anlass genommen, pädagogisch mit Schüler:innen zu arbeiten und ihnen durch Wissensvermittlung Orientierung⁹ zu bieten. Im besten Fall wird an die bereits erarbeiteten Regeln erinnert oder werden diese ergänzt. Das Thema „Verletzungen durch Sprache“ könnte behandelt werden durch die Erarbeitung von Grundwerten, Regeln, die bestimmte Begriffe als klar abwertend und diskriminierend kennzeichnen. Es gilt, Grenzen zwischen Spaß und verletzendem Ernst zu klären. Eltern wird vermittelt, dass die Schule sie als

wichtige Kooperationspartner:innen braucht und sie selbstverständlicher Teil der Schule sind. Wie können Konzepte transparent und offen vermittelt werden und die Kommunikation mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen sichergestellt werden?

Fazit

Alle Fachkräfte in Kita, Schule und Jugendhilfe sind verantwortlich, bei Diskriminierungen einzugreifen und sich aktiv mit solchen Phänomenen auseinanderzusetzen. Hierzu braucht es die Zuständigkeit multiprofessioneller Teams (AGs), die mit ihren Möglichkeiten und Aufträgen das Thema in Unterricht, Projekttagen, Einzelgesprächen und pädagogischen Angeboten konzentriert bearbeiten. Gerade die Schulsozialarbeit verfügt hier über besondere Zugänge zu Schüler:innen und Eltern – durch die Freiwilligkeit des Angebots, die „Vertraulichkeit“, die „Ganzheitlichkeit“ und die „Niedrigschwelligkeit“ des Ansatzes. Die Offenheit und Unterstützung der Schulleitung ist eine wichtige Voraussetzung in diesem Prozess einer „diskriminierungskritischen Schulentwicklung“.

Fußnoten

- 1,2 Malte Mienert, Heidi Vorholz, 2007, Gespräche mit Eltern, Entwicklungs-, und Konflikt-, und Informationsgespräche, S. 61, Bildungsverlag EINS
- 3,4 Iris Nentwig-Gesemann, Isabell Krähnert, Felix Hellbach (2015): Der Umgang mit rechtsextremen Orientierungen aus der frühpädagogischen Perspektive. In: Projekt ElternStärken, pad gGmbH (Hg.): Rechts- extremismus als Thema in der Kita. Berlin 2015: S. 23–29. Download unter Materialien/Publikationen: [http://www.elternstaerken.de].
- 5 Andreas Foitzik, Marc Holland-Cunz, Clara Riecke, (2019), Praxisbuch Diskriminierungskritische Schule, Pädagogik, BELTZ
- 6-10 Andreas Foitzik, Marc Holland-Cunz, Clara Riecke, (2019), Praxisbuch Diskriminierungskritische Schule, Pädagogik, BELTZ

Elternarbeit im Kontext extrem rechts orientierter Jugendlicher

Eva Prausner (Projekt ElternStärken)

Familien stehen im Fokus, wenn man sich mit der Frage nach Präventionsmaßnahmen im extrem rechten Bereich beschäftigt. Hier gibt es nun ganz verschiedene Konstellationen:

Es kommt durchaus vor, dass Jugendliche einen Bedarf an Unterstützung anmelden, wenn sie ein Problem mit der extrem rechten oder rassistischen Weltsicht ihrer Eltern haben. Politische Wertekonflikte entstehen aber auch in umgekehrter Konstellation und beeinträchtigen die Beziehungen der Familienmitglieder: Wenn Eltern mit einer extrem rechten Orientierung ihres Kindes konfrontiert sind und diese ablehnen.

Was passiert in den Familien, wenn sich Töchter oder Söhne von den politischen und kulturellen Identitätsangeboten extrem rechter Organisationen angezogen fühlen oder bereits in der Szene aktiv sind? Welche Handlungsoptionen bestehen für Eltern und weitere Familienangehörige? Eltern suchen Beratung und Unterstützung, wenn eigene Bearbeitungs- und Lösungsversuche nicht mehr fruchten, wenn sie sich selbst Vorwürfe machen, Scham erleben, sich von ihrem Kind entfremden. Oft erleben Eltern diese Situation als festgefahren; die Kommunikation mit dem eigenen Kind scheitert immer öfter, die Beziehungsqualität nimmt rapide ab, auch schulische Probleme können hinzukommen und Eltern fürchten um die Zukunft ihrer Kinder.

Beratung kann zu Einsichten und Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe verhelfen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Eltern Ansprechpersonen finden, die für das Thema sensibel und über spezialisierte Beratungsangebote informiert sind; das können Lehrer:innen sein, Fachkräfte der Schulsozialarbeit oder der Jugendarbeit. Eltern brauchen von diesen Schlüsselpersonen zunächst ein deutliches Signal, dass sie mit ihren Sorgen und ihren Anliegen ernst genommen werden.

Wie können Fachkräfte der Schulsozialarbeit und Lehrkräfte Eltern weiterhin dabei unterstützen, Einfluss auf eine Distanzierung des Kindes von rechtsextremen Szenen nehmen zu können? Eine zweigleisige Strategie erscheint hier Erfolg versprechend: Das Ansetzen an den Problemlagen des Jugendlichen ist wichtig, aber ebenso die Beratung der Eltern. Wer hat in der Schule einen guten Draht zu der Tochter:dem Sohn und damit aktuell einen anderen oder sogar besseren Zugang? Vielleicht kann das Gespräch mit einer Vertrauenslehrkraft oder Sozialarbeiter:in helfen, vielleicht die Behandlung des Themas Rechtsextremismus im Unterricht?

Wenn Fachkräfte in der Einstellung und im Verhalten von Schüler:innen Veränderungen beobachten, können aufsuchende Gespräche bzw. Beratungsangebote hilfreich sein, um Information zu gewährleisten, Zugangsschwellen zu reduzieren sowie Entlastung der Eltern durch Kooperationen zu bieten.

Wichtig erscheint in dieser Konstellation jedoch auch eine hohe Reflexionskompetenz in Bezug auf die jeweilige Rolle: Sollte der Fokus vor allem darauf gerichtet sein, mit der:dem Schüler:in zu arbeiten? Kann hier gleichzeitig eine Elternberatung stattfinden oder müsste diese Aufgabe an andere Beratungsstellen delegiert werden, weil hier Rollenkonflikte in der parteilichen Arbeit mit Jugendlichen entstehen könnten?

Elternarbeit und die (pädagogische) Arbeit mit dem:der Jugendlichen in einer Person zu vereinen, birgt Risiken bzw. vergibt Chancen in der Intervention. Schule und Schulsozialarbeit sollte also immer auch klären, in welcher Rolle welche:r Akteur:in hier agieren möchte bzw. kann. Eine Aufteilung der Arbeit mit den verschiedenen Zielgruppen erscheint geboten. Das Projekt „ElternStärken“ hat für die Arbeit mit Familien eine Handreichung entwickelt: Der Leitfaden „Familien und Demokratie stärken: Anregungen zur Beratung von Eltern und Angehörigen von rechtsextrem orientierten Söhnen und Töchtern“ bietet Fachkräften hier Orientierung und Hintergrundwissen für die eigene Arbeit. Der Leitfaden soll dazu beitragen, dieses schwierige Themenfeld in ihr Beratungsangebot zu integrieren und – wo sinnvoll und gewünscht – das Potenzial ergänzender Kooperation zwischen Regel- und Spezialangeboten zu erproben.

Geschlechter- reflektierte Prävention in der Jugendarbeit

Romy Nowak und Markus
Weidmüller (AGJF Sachsen e.V.)

W arum Gender?

Wir wachsen alle mit einer meist eindeutigen geschlechtlichen Zuordnung auf, die in unser alltägliches Handeln eingeflochten ist. Dabei ist es oft schwierig, sich bewusst zu machen, was die eigene geschlechtliche Identität eigentlich ausmacht bzw. wie sich diese herstellt. Die Anforderung, „ein richtiges Mädchen“ oder „richtiger Junge“ zu sein, ist für Kinder und Jugendliche eher subtil in Medien, Schule, Peer Groups oder Familie zu spüren. Was darunter verstanden wird, ist sicherlich vielfältiger als vor 40 Jahren. Trotzdem müssen sich junge Menschen – gerade während der Adoleszenz – dazu verhalten. Abweichungen von gängigen Geschlechtervorstellungen werden auch heute noch mehr oder weniger sanktioniert. Das kann von diskriminierenden Sprüchen, über Ausgrenzung bis hin zu körperlicher Gewalt reichen.

Gender ist damit eine zentrale Kategorie sozialer Ordnung, die in allen Prozessen innerhalb pädagogischer Kontexte beachtet und reflektiert werden muss. Im Arbeitsfeld ist jedoch nicht immer gleich ersichtlich, was dies mit Rassismus zu tun haben soll. Dabei ist Gender schon immer ein zentraler Anknüpfungspunkt im Rechtsextremismus.

Gender und Rechtsextremismus

Die Geschlechterbilder und -vorstellungen (neo-)nazistischer und rechtsextremer Akteure sind stark geprägt von vereindeutigenden Stereotypen. Bilder einer soldatischen Männlichkeit und eine auf die Mutterrolle reduzierte Vorstellung von Weiblichkeit bilden meist den Kern entsprechender völkisch-nationalistischer Ideologien. Diese Vorstellungen werden zwar als „natürlich“ beschrieben, dienen jedoch dazu, die eigenen Vorstellungen von Gesellschaft als homogene Schicksalsgemeinschaft gegen alles „Fremde“ abzusichern. Dafür müssen Männer: und Frauen: sich „ihrer Rolle“ fügen. Alles, was dieser Vorstellung nicht entspricht, wird abgewertet. So finden sich in rechtsextremen Ideologien homo- und transphobe, sexistische oder antifeministische Einstellungen die sich heutzutage bspw. in Kampagnen gegen die „Ehe für alle“, gegen das Recht auf Abtreibungen, gegen „Gender Mainstreaming“ oder gegen die Etablierung von sexualpädagogischen Konzepten in Bildungseinrichtungen zeigen können.

Gender bildet damit auch ein Bindeglied zwischen Rechtsextremismus und bspw. konservativen, religiösen Teilen der Gesellschaft. Rechtsextreme Akteure nutzen dies strategisch, um sich als Teil der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft zu inszenieren. Das bedeutet nicht, dass Menschen, die klassischen Geschlechtervorstellungen entsprechen und danach leben (wollen), rechtsextremen Ideologien anhängen. Vielmehr leisten v. a. klare, einseitige und fest abgesteckte Vorstellungen davon, wie man selbst bzw. die Adressat:innen als Jungen: und Mädchen: sein soll(t)en, einer völkischen und rassistischen Vorstellung von Gesellschaft Vorschub. Die oft widersprüchlichen Anforderungen denen Jungen: und Mädchen: ausgesetzt sind (z.B. das Fordern einer selbstbewusst gelebten Sexualität bei

GENDER MUSS
ALS ZENTRALE
DIMENSION IN
HINWENDUNGS-
WIE AUCH
DISTANZIERUNGS-
PROZESSEN
IM RECHTS-
EXTREMISMUS
WAHRGENOMMEN
WERDEN.

gleichzeitigem Vorwurf sich „zu freizügig“ zu kleiden) können dazu führen, dass rechtsextreme oder völkisch-nationalistische Vorstellungen von Geschlechterinszenierungen als entlastend empfunden werden. Sie stecken vermeintlich klare Rollen ab, die Einlösbarkeit und Anerkennung versprechen. Das bringt Herausforderungen für die pädagogische Praxis mit sich.

Doppelte Unsichtbarkeit von Mädchen

In Bezug auf Mädchen: kann in der pädagogischen Praxis von einer doppelten Unsichtbarkeit gesprochen werden: Sie sind einerseits in den Einrichtungen unterrepräsentiert und werden zusätzlich als Vertreter:innen rassistischer und neonazistischer Ablehnungshaltungen und in Bezug auf ihre Rolle in organisierten rechtsextremen Gruppierungen unterschätzt. Die stereotype Vorstellung von Mädchen: und jungen Frauen: als friedfertig führt zur Fokussierung auf die ohnehin präsenteren Jungen: und jungen Männer: und übersieht deren Bedeutung für rechtsextreme Strukturen und die Etablierung rassistischer Ablehnungshaltungen. Dabei sind junge Frauen in Gruppierungen wie z. B. der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ (IB) organisiert und werden dort medienwirksam inszeniert, um sich als bürgerlich und gewaltfrei darzustellen. Vor allem im sozialen Bereich sind rechtsextreme Mädchen: und Frauen: engagiert und versuchen damit gezielt und unterschwellig, rassistische Inhalte in sozialen Einrichtungen oder über die Elternarbeit zu platzieren.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass Gender als zentrale Dimension in Hinwendungs- wie auch Distanzierungsprozessen im Rechtsextremismus wahrgenommen werden muss. Dabei ist es wichtig, junge Menschen in ihrer Verschiedenheit zu begreifen – also einen differenzierten Blick auf jede:n Einzelne:n zu behalten. Denn die unterschiedlichen Herkunft, sozialen, kulturellen und ökonomischen Bezüge, aus denen Kinder und Jugendliche kommen, haben allesamt Einfluss auf die Ausformung ihrer Geschlechtsidentität, vor deren Hintergrund ethnizierende und rassistische Diskurse verhandelt werden.

Herausforderungen in der Praxis

Der Projektbereich MUT der AGJF Sachsen ist in der Beratungspraxis mit einer Situation konfrontiert, welche in Sachsen unterschiedlich gewichtet, aber dennoch ähnlich verbreitet ist. Die Diskurse in den Gemeinwesen sind davon geprägt, dass rechtsextreme Ausdeutungen gesellschaftlicher Entwicklungen Gefahr laufen, hegemonial zu werden. Die Fachkräfte stehen dabei vor unterschiedlichen Herausforderungen: Jugendeinrichtungen, welche sich für Demokratie, Vielfalt und gegen Rassismus positionieren oder mit geflüchteten Jugendlichen arbeiten, werden im Gemeinwesen hierfür angegriffen. Es entsteht das Dilemma, in Konfrontation zu deutungsmächtigen Akteur:innen zu gehen oder öffentlich moderatere Positionen entlang der lokalen politischen Kultur zu kommunizieren. Und obwohl in den Teams eine menschenrechtsorientierte Haltung als Konsens formuliert wird, fehlt es oft an der gemeinsamen, inhaltlichen Untersetzung dieser Perspektive.

Professionelle Herausforderungen die sich dabei auftun, sind Auseinandersetzungen um die Einschätzung der eigenen Wirksamkeit in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Zudem gibt es unterschiedliche Vorerfahrungen, Kompetenzen

WIR VERSTEHEN ABLEHNUNGSHALTUNGEN, DIE JUGENDLICHE ÄUSSERN, NICHT ALS BLOSSE EINSTELLUNGEN, DENEN MAN MIT ANGEBOTEN BEGEGNEN KANN, SONDERN ALS FUNKTIONAL FÜR DEREN ALLTAGSHANDELN.

und interne Dynamiken in den Teams. Und es gibt die Schwierigkeit sich gerade im ländlichen Raum zu positionieren, da Fachkräfte zum Teil selbst dort wohnen und damit auch als Privatperson sichtbar werden.

Beobachtungen mit Blick auf Gender

Gender-Aspekte sind in der alltagsweltlichen Verbindung mit ‚Ethnizität‘ und Rassismus bedeutsam und mobilisieren vergeschlechtlichte, ethnizierende Fremd- und Selbstbilder, wenn v. a. männliche, jugendliche Geflüchtete vermehrt die Einrichtungen besuchen.

„Bei Jungen wie bei Mädchen werden an Bildern bedrohlicher junger fremder Männer Geschlechterstereotype des Beschützers und der hilfsbedürftigen weiblichen Person aufgerichtet. Bei den männlichen Jugendlichen ist dies jedoch mit einer besonderen Mobilisierung ihrer Ansprüche an die eigene Geschlechterrolle verbunden. Dies zeigt sich etwa im Bild der Verteidigung „unserer“ Frauen gegen „fremde“ Ansprüche. Seine Entsprechung findet dieses vergeschlechtlicht-rassistische Bild, wo weibliche Jugendliche sich tatsächlich in starkem Maße bedroht oder verunsichert fühlen. So wird davon berichtet, dass zumindest zu Beginn der Debatte über Geflüchtete im Lokalraum „viele junge Frauen (...) panische Angst davor hatten, mit Leuten in Kontakt zu kommen, die auch noch männlich sind, und von denen man ja permanent hört in den Medien, dass die gefährlich sind“ (IF). Oder es wird beschrieben, dass „alle meine Mädels, seit wir ein Flüchtlingswohnheim (...) haben, ja nur noch mit Pfefferspray in der Handtasche auf ein Dorffest gehen“ (IF), Jugendliche „Angst“ haben, „am Busbahnhof vorbeizugehen“ und auch Eltern meinen, „ich kann mein Kind dort (an der Unterkunft) nicht mehr langlaufen lassen“ (IF). Diese Zitate weisen erneut darauf hin, dass nicht unbedingt tatsächliche Erfahrungen ausschlaggebend sind, sondern Diskurse in Medien und Erwachsenenwelt eine erhebliche Prägungskraft besitzen“. (Dietrich u. a. 2019)

Allerdings wird zugleich auch auf eine starke Beweglichkeit (und mögliche Veränderungsoffenheit) solcher Haltungen bei den Jugendlichen hingewiesen. Zumindest wird festgestellt, dass solche Aussagen im Kontext alterstypischer Lern- und Orientierungsprozesse zu betrachten sind, durch konkrete Erfahrungen mitunter auch relativiert werden und damit Möglichkeiten für eine pädagogische Bearbeitung existieren.

Beratungsansatz MUT-Projekt

Unsere Beratungsarbeit im Projektbereich MUT mit Fachkräften in Regelstrukturen des Arbeitsfelds (Offene) Jugendarbeit nach SGB VIII §§ 11 + 13 folgt den Prämissen primärer und sekundärer Prävention (vgl. Rieker 2009). Durch die besonderen Strukturbedingungen des Arbeitsfeldes wie Offenheit und Freiwilligkeit ergeben sich einerseits besondere Potenziale für Demokratiebildung. Gleichzeitig ist eine Distanzierungsarbeit, wie sie Aussteiger:innenprojekte betreiben, hier nicht möglich. Die Impulse, die gesetzt werden können, sind aufgrund der inhärenten Logik des Arbeitsfeldes sparsam. (vgl. Schäuble 2018). Daher gilt: Wer zu oft ein Auge zudrückt, riskiert, dass rassistische und andere diskriminierende Positionen hegemo-

nial werden, betroffene Jugendliche verdrängt werden und pädagogische Arbeit an Ablehnungshaltungen unmöglich wird.

Wir verstehen Ablehnungshaltungen, die Jugendliche äußern, nicht als bloße Einstellungen, denen man durch wissensorientierte Angebote begegnen kann, sondern als funktional für deren Alltagshandeln. Jugendarbeit ist dabei ein wichtiger und oft der einzige Ort im Gemeinwesen, an dem jungen Menschen alternative und menschenrechtsorientierte Interpretationen zu bspw. rassistischen oder heterosexistischen Erzählungen angeboten werden und wo sie kontrastierende Erfahrungen von Vielfalt und Beteiligung machen können. Für die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen, die Ablehnungshaltungen zeigen, lassen sich daraus grundlegende Eckpunkte festmachen:

1. Es braucht eine gute Analyse der eigenen Adressat:innen, welche gemeinsame Identifikationsmerkmale und Dynamiken in den Blick nimmt und gleichzeitig fähig ist, eine differenzierte und individuelle Beschreibung der jungen Menschen zu geben.
2. Themen der Beratungsarbeit mit Fachkräften sind einerseits die lokale politische Situation im Hinblick auf aktuelle, „größere“ gesellschaftliche Auseinandersetzungen, sowie andererseits lokale Debatten zu „Wir“-Identitäten und Ausgrenzungsbestrebungen im regionalen Kontext. Diese spezifischen lokalen Identifikationen und Alltagserzählungen spielen eine wichtige Rolle als Interpretationsfolie und Repräsentation für Jugendliche. Sie sollten bei der Analyse und Planung von pädagogischen Prozessen einbezogen werden, im Sinne von Lokalräumen als „konkrete Gesellschaft“ (vgl. u. a. Belina 2017; Quent 2015; Bibouche/Held 2011).
3. Um eine nachhaltige Bearbeitung rassistischer Ablehnungshaltungen anzugehen, ist eine strategische Planung (sozial-)pädagogischer Prozesse unablässig! Allzu oft fühlen sich Fachkräfte gedrängt, spontan auf Äußerungen oder Vorfälle zu reagieren und kommen aufgrund der mangelnden zeitlichen und ökonomischen Ressourcen nicht darüber hinaus. Das führt unserer Erfahrung nach zu Unsicherheit im Umgang damit und zu Frustration.

Ableitungen für den pädagogischen Umgang: Do's und Dont's geschlechterreflektierter Prävention

1. Geschlechterreflektiert Arbeiten heißt, die eigenen pädagogischen Angebote, Räume und Interventionen so auszugestalten, dass Besucher:innen Entlastungen erfahren von Anforderungen, „richtige“ Jungs/Männer bzw. Mädchen/Frauen sein zu müssen. Entlastend kann z. B. sein, wenn auf der Suche nach Hilfe beim Rausschleppen von Tischen und Stühlen für die anstehende Abendveranstaltung nicht nur nach den „starken Jungs“ gefragt wird, oder sich die weiblichen Besucher:innen an Mädchen:Nachmittagen ungestört im Kickern und Billard üben können, ohne Kommentare von den männlichen Stammbesuchern: befürchten zu müssen.
2. Weiterhin sollten unterschiedliche Geschlechter- und Sexualitätswürfe präsent und als „normal“ erfahrbar sein. So wird queeren Lebensentwürfen z. B. selbstverständlich Raum in den Angeboten, der Raumgestaltung und den Medien in

Einrichtungen gegeben. An der Pinnwand mit allgemeinen Hinweisen finden sich auch Beratungsangebote für cis- und Trans:Jugendliche. Und Fachkräfte vermeiden es, Besucher:innen, die sich „geschlechtsuntypisch“ verhalten oder inszenieren, zu verbesondern oder zu instrumentalisieren (auch nicht in guter Absicht).

3. Da, wo geschlechtliche Unterschiede unter Besucher:innen vordergründig inszeniert werden, ist es Aufgabe der Fachkräfte, auf Erfahrungen hinzuwirken, in denen die Jugendlichen eher Gemeinsamkeiten erfahren können und Geschlecht weniger eine Rolle spielt. Und dort, wo geschlechtliche Homogenität inszeniert wird („Wir Mädchen/Frauen“, „alle Jungs/Männer“), sollte die Unterschiedlichkeit und Individualität untereinander mehr Raum bekommen.
4. Geschlechterreflektierte Arbeit hilft, rassistische (Geschlechter)Bilder, wie die von „übergriffigen Fremden“ zu dekonstruieren; etwa wenn sexualpädagogische Maßnahmen und Impulse dazu beitragen, Problemdeutungen sexualisierter Gewalt zu ent-ethnisieren und sie als gesamtgesellschaftliches Problem wahr- und ernst zu nehmen. Hierfür können z. B. Info-Materialien zu Consent Culture auf Toiletten ausgelegt werden oder in Gesprächen über Beziehungen problematische Dynamiken und Zuschreibungen kritisch hinterfragt werden.
5. Und nicht zuletzt heißt geschlechterreflektiertes Arbeiten, dass sich die pädagogischen Fachkräfte selbst kritisch mit Geschlecht und ihrer eigenen Geschlechtlichkeit auseinandersetzen, eine professionelle Haltung entwickeln und diese durch eigene Verhaltensweisen und Positionierungen sichtbar machen können. Dazu ließe sich z. B. fragen, welche Rollenverteilung eigentlich im Team vorgelebt wird, inwieweit Jugendarbeiter:innen sich ihrer eigenen geschlechtlichen Gewordenheit bewusst sind oder wie sensibel sie für sexistische Abwertungen sind.

Fazit: (K)ein Auge zudrücken?!

Jugendarbeit muss offene Räume ausgestalten, in denen Konflikte ausgetragen werden können, die aber gleichzeitig auch für alle Besucher:innen einen potentiell geschützten Rahmen für Austausch bieten. Dabei ist ein differenzierter Blick für komplexe Verflechtungen und Motive hinter auftauchenden Konflikten zu wahren. Dieser bildet die Basis für die Einschätzung und pädagogische Bearbeitung zu Fragen wie: Womit haben wir es hier zu tun? Was bewegt jede:n Einzelne:n dazu, sich wie zu äußern und zu verhalten? Wer wird dadurch ausgeschlossen? Wo können wir mit unserer pädagogischen Arbeit ansetzen? Und wen erreichen wir damit tatsächlich?

Unsere Erfahrungen zeigen, dass bei der Umsetzung geschlechterreflektierter Prävention flankierende Qualifizierungs- und Unterstützungsstrukturen hilfreich sein können. Beratungsprozesse bieten einen Raum zum moderierten Austausch über Themen, die oftmals nicht regelmäßig aufgegriffen werden, da sie im komplexen Alltag der Fachkräfte mit allen situativen Herausforderungen schnell untergehen.

Literatur

Bibouche, S./Held, J. (2011): Rechtsextreme Dynamiken in der politischen Kultur. Zur sinnvollen Verbindung von quantitativen und qualitativen Methoden am Beispiel eines Forschungsprojektes. In: Melter, C./Mecheril, P. (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwabach/Ts., S. 258-276.

Belina, B. (2017): Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft. Der Aufstieg der Rechten – Anmerkungen zu Oliver Nachtwey und Didier Eribon. In: Prokla, 186, S. 97-104.

Debus, K./Laumann, V. (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Reihe Arbeitspapiere der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Dietrich, K./Jaruczewski, K./Schuhmacher, N./Vetter, W. (2019): ‚Auch wenn alle anderen dagegen sind‘. Potentiale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus“. Abschlussbericht zum Modellprojekt „MUT - Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“, Chemnitz.

Quendt, M./Schulz, J. (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden.

Rieker, P. (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Juventa, Weinheim.

Schäuble, B. (2018): Jugendarbeit als Arena. Demokratietheoretische Überlegungen zur Offenen Jugendarbeit. In: CORAX. Fachmagazin für Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen, 4, S. 25-26.

„Sich antifaschistisch zu positionieren, ist nichts schlimmes und verwerfliches.“

Interview mit dem Sozialarbeiter Tobias Burdukat (Das Dorf der Jugend, Grimma)

Das Dorf der Jugend in Grimma ist Träger des sächsischen Demokratiepreises 2019 und ein beeindruckendes Projekt jugendlicher Selbstverwaltung. Dafür möchten wir euch herzlich beglückwünschen.

Redaktion: Welche Rolle nimmt das „Dorf“ vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Stimmung in der Region ein?

Diese Frage ist etwas differenzierter zu betrachten. Ich denke, dass die Rolle des Projektes durchaus eine wichtige für Jugendliche ist. Zum einen werden Jugendlichen Freiräume zur Verfügung gestellt, welche von ihnen besetzt und gestaltet werden können, zum anderen bietet es für Jugendliche einen Raum, in welchem sie es schaffen können, sich selbst zu organisieren und dann ausgehend davon in die Gesellschaft hinein zu wirken. Selbstverständlich gibt es auch unter Jugendlichen Differenzen, so dass dies auch unter den Jugendlichen zu Konflikten führt. Da der Freiraum von unterschiedlichsten und teilweise in Konkurrenz stehenden Jugendgruppen genutzt wird, finden unter den Jugendlichen verschiedene Peer Prozesse statt, welche sonst aufgrund der Trennung nicht mehr stattfinden könnten.

Durch die Außenwirkung und die Angebote, welche durch die Jugendlichen gestaltet werden, können die Jugendlichen das eher negativ konnotierte Bild, welches Erwachsene von Jugendlichen haben, etwas aufbrechen und bei einigen Erwachsenen verändern. Es kommt dadurch zu interessanten Diskussionsprozessen zwischen Jugendlichen

und Erwachsenen, die vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Stimmung sehr wichtig sind. Erwachsene sind in diesem Zusammenhang die Eltern der Jugendlichen, die Lehrer:innen oder auch politische Vertreter:innen, mit denen Sie in Verbindung treten. Dadurch stellt das Projekt jedoch auch für einige Erwachsene ein Feindbild dar, welches sie nutzen, um ihre reaktionären und konservativen Weltbilder zu präsentieren. Die Jugendlichen sind dadurch auch verschiedensten Anfeindungen ausgesetzt, welche sie aufgrund ihrer guten Organisation und ihrem Gruppengefüge gut händeln können und es somit auch wieder zur Thematisierung verschiedenster Probleme im ländlichen Raum kommt. Wenn die Jugendlichen bestimmte Themen, wie z.B. aktuell die mangelhaften Zustände in Sammelunterkünften für Migrant:innen, nicht ansprechen würden, würde sich dafür niemand interessieren und somit holen die Jugendlichen Themen auf die Tagesordnung, die einen Diskurs in Gang setzen, der sonst nicht stattfinden würde.

Durch meine Person wurde das Projekt von vielen Erwachsenen und Behörden stark angegriffen und es kam zu den skurrilsten Anschuldigungen gegenüber meiner Person oder den Jugendlichen von Seiten des Jugendamtes und politischen Vertreter:innen. Dies führte dann jedoch wieder zur Sichtbarmachung verschiedenster menschenfeindlicher Einstellungsmuster bei der regionalen Bevölkerung, was als Vorteil und positiver Nebeneffekt bezeichnet werden kann. Die Einstellungen der ländlichen Bevölkerung sind oft nicht sichtbar, da sich in vielen Bereichen eine starke Hegemonie entfaltet hat. Es ist deshalb positiv, dass durch die Jugendlichen relevante Themen auf die Tagesordnung geholt werden und man: so ein Gespür für die Einstellung der Bevölkerungsmehrheit bekommt. Vielleicht kann somit wieder eine aktive Zivilgesellschaft entstehen, welche aktuell nicht wirklich stark ausgeprägt ist. Man merkt immer wieder, wie sich vereinzelt Menschen mit den Jugendlichen solidarisieren und sie gegenüber der Mehrheitsbevölkerung verteidigen.

UM ÜBER GELINGENDE JUGENDARBEIT ZU SPRECHEN, MÜSSEN WIR ERST EINMAL DARÜBER SPRECHEN, WAS WIR UNS UNTER [...] EMANZIPA- TORISCHER JUGENDARBEIT VORSTELLEN.

Das Projekt schafft es zusätzlich, dass die Jugendlichen nicht nach Beendigung der Schule den ländlichen Raum mit ihrem jugendlichen Engagement verlassen, sondern sich weiterhin vor Ort engagieren, was zum Aufbrechen der Alternativlosigkeit im ländlichen Raum beiträgt.

Gelungende Jugendarbeit und deren Wirkung

Wie kann partizipative und diskriminierungssensible Jugendarbeit gelingen, während rechte gesellschaftliche Diskurse immer wahrnehmbarer werden?

Das ist im Grunde die Kernfrage, die dazu geführt hat, das Projekt „Dorf der Jugend“ zu initiieren. Zusätzlich zu dieser Frage spielte die immer weiter zurück gedrängte Jugendarbeit und deren Wirkungslosigkeit eine entscheidende Rolle. Das Konzept beruht im Grunde auf diesen Fragen und der Überwindung der gesellschaftlichen Verwerfungen. Wichtig ist allerdings die Lösung von dem Begriff der „rechten“ Diskurse, denn diese Betrachtung engt die Arbeit zu sehr ein und lässt einen den Blick auf die Jugendlichen verlieren. Für Jugendliche (bis ca. 15/16 Jahre) sind Einteilungen in rechts, links oder Mitte sehr beliebig und es stecken oft noch keine konkreten geschlossenen Weltbilder dahinter. Diese Kategorien sind für die Jugendarbeit auch viel zu ungenau und bilden innerhalb der Sozialen Arbeit keine wirklich brauchbaren Begriffe ab. Vielmehr sollte es doch um Menschenrechte und ein solidarisches und gleichberechtigtes, respektvolles Miteinander gehen. Dies wird verhindert durch eine über viele Jahrzehnte verfestigte konservative und reaktionäre Hegemonie in bestimmten Landkreisen und Städten und diese äußert sich in dem, was wir als „rechte“ Diskurse bezeichnen.

Erst einmal sollte es darum gehen, dass Jugendliche und Jugendarbeit überhaupt wieder wahrgenommen werden und im Rahmen ihrer Arbeit auch gesellschaftliche Emanzipation als selbstständige Subjekte möglich ist, denn häufig artet Jugendarbeit in Kontroll- und Ordnungspolitik aus, welche dann nicht wirklich zur Partizipation und zur Sensibilisierung führt.

Um über gelungende Jugendarbeit zu sprechen, müssen wir erst einmal darüber sprechen, was wir uns unter Jugendarbeit und emanzipatorischer Jugendarbeit vorstellen. Wenn wir diese Vorstellung dann in unserer Praxis leben, führt dies häufig zu Konflikten mit Kommunen und Jugendämtern, da diese teilweise ein völlig anderes Bild von Jugendarbeit und Jugendlichen haben. Schafft man: es, über Freiräume und stetige Beziehungsarbeit mit den Jugendgruppen diese für Selbstverwaltung und ihre eigenen Ideen zu begeistern, dann kann man: mit ihnen auch über die sensiblen Themen sprechen und dort gewisse Vorurteile und Vorbehalte aufbrechen, die sie vom Elternhaus und dem Erwachsenen-Umfeld mitbekommen haben.

Man: sollte sich hier immer vor Augen führen, dass Jugendliche offen sind für Diskurse und auch ständig auf der Suche sind nach der Erfüllung ihrer Bedürfnisse, und während all dieser Prozesse kann es gelingen, im Gespräch und im TUN sensible Themen zu besprechen und ihren Horizont zu erweitern.

Wenn es gelingt, mit den Jugendlichen ihre Utopie entsprechend ihrer Bedürfnisse auszuleben, kommt man: auch

an den Punkt, wo Jugendarbeit relevant wird für gesellschaftliche Diskurse, denn an einem gewissen Punkt trifft die Utopie der Jugendlichen auf die Wirklichkeit unserer Gesellschaft und dort ist es wichtig, diesen Prozess zu moderieren und für bestimmte Punkte eine Sensibilisierung auf beiden Seiten (Erwachsene und Jugendliche) durchzuführen. (vgl. Burdukat 2018).

Wie kann antifaschistische Jugendarbeit das gesellschaftliche Klima vor Ort verändern und ein solidarisches Zusammenleben fördern?

Indem sie sichtbar wird und Jugendliche den Ort ihres Wirkens nicht nach Beendigung der Schule verlassen, sondern sich weiter vor Ort engagieren.

Der zuvor beschriebene Diskurs zwischen Utopie der Jugendlichen und Wirklichkeit der Erwachsenen-Gesellschaft hat in beide Richtungen eine Wirkung und es entsteht dadurch mit der Zeit ein Veränderungsprozess, der für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sehr wichtig ist. Durch die Vermittlung von Solidarität bei den Jugendlichen werden diese in die Erwachsenenwelt hinein tragen und diese anstoßen und wenn sie selbst Erwachsene sind, werden sie ggf. anders handeln als es heutige Erwachsene tun.

Es wird durch die Jugendarbeit ein Diskurs am Leben gehalten, der in unserer Gesellschaft fast weg gebrochen ist, und dieser Diskurs bringt die Förderung des solidarischen Zusammenlebens. Dazu ist es wichtig, dass die Jugendlichen diese Solidarität selbst erfahren und erlernen, und dies klappt unter den unterschiedlichsten Peer Groups der Jugendlichen sehr viel besser als unter den Erwachsenen, da die Jugendlichen dafür grundsätzlich noch offen sind.

Neutralitätsgebot und Erfahrungen

Wie seid ihr mit den Debatten um das „Neutralitätsgebot“ konfrontiert und was könnt ihr uns für Erfahrungen für ein politisches Verständnis Sozialer Arbeit mitgeben?

Wie bereits angedeutet, gab es im Jahr 2019 eine ziemlich heftige Debatte bezogen auf die Anerkennung als Träger der Jugendhilfe in welcher mit dem nicht existierenden Neutralitätsgebot für die Soziale Arbeit gegen meine Person und das Projekt argumentiert wurde. Diesen Argumentationslinien des Jugendamtes konnte ich in einer umfassenden Stellungnahme (zu finden auf meinem Blog) die Aufgaben Sozialer Arbeit und der Jugendarbeit entgegen setzen, so dass die Vorwürfe nicht mehr haltbar waren.

Soziale Arbeit ist aufgrund ihrer Ausrichtung dem Grundgesetz, der Verfassung und vor allem den Menschen- und Kinderrechten verpflichtet. Ihre Aufgabe ist es, Diskriminierung abzubauen und Diversität zu fördern. So kann ein Neutralitätsgebot gegenüber diskriminierenden Einstellungen und geschlossen menschenfeindlichen Weltbildern durch die Soziale Arbeit nicht toleriert werden, da diese Weltbilder die Grundausrichtung der Sozialen Arbeit angreifen. Nun hat sich Soziale Arbeit in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, so dass es hier auch Diskussionsbedarf gibt und es fraglich ist, ob die zuvor angedeutete Ausrichtung tatsächlich noch dem heutigen Bild der Sozialen Arbeit entspricht oder ob sich die Soziale Arbeit ihrem Dienstleistungs-, Kontroll- und

System stabilisierenden Auftrag voll und ganz ergeben hat (vgl. Burdukat 2020). Bei der Jugendarbeit sieht dies jedoch anders aus. Denn wenn wir dort ansetzen, geht es um Entwicklung von Gesellschaft. Rassismus oder Nationalismus, aber auch Sexismus, etc. sind keine Entwicklung, sondern ein Rückschritt. Somit stehen sie einer Entwicklung junger Menschen entgegen und ein konstruiertes Neutralitätsgebot muss entschieden abgelehnt werden. Bei der Beschäftigung mit dem Thema ist jedoch auch sichtbar geworden, dass es tatsächlich sensibel zu betrachten ist, es macht einen Unterschied ob der: Sozialarbeiter: z.B. für die Linksjugend aktiv Werbung macht oder ob er: mit den Jugendlichen über Themen spricht, die vielleicht auch eine Linksjugend bearbeitet und thematisiert. Die Entscheidung, ob sich die Jugendlichen dann einer Gruppe anschließen, sollte zwingend deren eigene individuelle Entscheidung sein. Hier könnten Argumentationsketten greifen, die dann eher die Parteipolitik betreffen und nicht mehr auf die Grundrechte und die Verfassung zurück zu führen sind, deshalb sollte die Jugendarbeit hier trotzdem sensibel sein.

Sich antifaschistisch zu positionieren, ist nichts Schlimmes und Verwerfliches und absolut zu vereinbaren mit dem Grundgesetz und den Verfassungsschranken der Rechtsprechung. Nationalsozialistische Einstellungen sind mit dem Grundgesetz und den Verfassungsschranken nicht zu vereinbaren, deshalb greift ein konstruiertes Neutralitätsgebot hier auch nicht. Wie ich schon erwähnt habe, verwende ich ungern in meiner praktischen Arbeit die Kategorien Rechts, Links und Mitte, da genau aus diesen Kategorien eine Neutralität heraus konstruiert wird. Redet man: als Sozialarbeiter:in jedoch über Menschenfeindlichkeit und dem Grundgesetz entgegen stehende Einstellungen, dann wird der Diskurs viel genauer.

Die Jugendlichen waren durch die Vorwürfe sehr angegriffen und ihr Vertrauen in die Kommunalpolitik wurde erschüttert, sie haben sich mit den verschiedensten Onlinemedien dagegen zur Wehr gesetzt und in ihren Worten erklärt, was gerade passiert, so dass auch dieser Diskurs nicht nur von Erwachsenen und den Sozialarbeiter:innen dominiert wird!

Literatur

Burdukat, Tobias (März 2018): Dorf der Jugend, Offene Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum. Forschungsbericht 14. Hochschule Mittweida, Fakultät Soziale Arbeit. – (März 2020). „Wie Soziale Arbeit sich selbst ersetzbar macht!“ In: <http://tobias-burdukat.de>.

GLOSSAR

Ableism / Disableism

Diese Begriffe stammen aus dem Englischen (able = fähig) und beschreiben die Beurteilung sowie die darausfolgende Abwertung der gesellschaftlichen Position und Teilhabe von Menschen, aufgrund ihrer Fähigkeiten sowie Beeinträchtigungen. Dies geht einher mit einer Festschreibung von Normen einer physischen und/oder psychischen Verfasstheit.

IB

Die Bezeichnung „Identitäre Bewegung“ beschreibt ursprünglich aus Frankreich stammende rechte Jugendgruppierungen, die seit 2012 auch in Österreich und Deutschland aktiv sind. Das politische Weltbild setzt sich vor allem aus Antisemitismus, (anti-muslimischem) Rassismus sowie positive Bezugnahmen auf rechte, völkische und faschistische Denker:innen zusammen. Die IB verwendet dafür den rassistischen Begriff des „Ethnopluralismus“, wonach alle Menschen in dem ihrer zugeschriebenen Ethnizität zugeordneten Territorium verbleiben müssen. (Weitere Infos: <https://dasversteckspiel.de/die-symbolwelt/gruppen-organisationen-und-netzwerke/identitaere-bewegung-ib-186.html>)

LGBTIQ*

Diese Abkürzung steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Inter, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intergeschlechtlich, queer) und bildet eine begriffliche Zusammenfassung von verschiedenen Identitäts- und Lebensformen, die Realitäten in der Gesellschaft abbilden und andere empowern soll. Sie grenzt sich von der zweigeschlechtlichen (binären) Auffassung von Geschlechterverhältnissen ab.

man:

Diese Schreibweise wird verwendet, um aufzuzeigen, dass hiermit nicht die geschlechtliche Identität eines „Mannes“ gemeint ist, sondern auch alle anderen geschlechtlichen Identitäten mit eingeschlossen werden.

Die Schreibweise mit einem Doppelpunkt anstelle des Sternchens (*) ermöglicht das computergeschützte Vorlesen der entsprechenden Pausen und wird hier zur größeren Barrierefreiheit verwendet.

Policy Practice

Der Begriff beschreibt den fachlichen und politischen Ansatz, Soziale Arbeit und die darin erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen dafür zu nutzen, soziale und ökonomische Gerechtigkeit für die Gesellschaft zu erlangen. Policy Practice beschreibt die Handlungen Sozialarbeitender, die als Teil ihrer professionellen Verantwortung darauf abzielen, politische Zustände im Sinne des Wohles ihrer Klient:innen zu verändern.

Social Justice

Social Justice (dt. Soziale Gerechtigkeit) formuliert ein erweitertes Gerechtigkeitsdenken, in welchem strukturelle Diskriminierungen überwunden werden sollen. Neben der materiellen Gerechtigkeit (Geld und Waren) sollen auch politische Teilhabe sowie Möglichkeiten zur individuellen/ gesellschaftlichen Befähigung und Verwirklichung (zur Erweiterung eines Gerechtigkeitsbegriffes) mitgedacht werden.

Impressum

Herausgeber:innen:
Fachaustausch-Redaktion "Grenzenlos gestärkt in den Alltag"
Grafik: Büro Achso

V.i.S.d.P.:
Andreas Wächter/ pad gGmbH
Kastanienallee 55
12627 Berlin

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Auch die Träger stimmen nicht mit allen hier beschriebenen Einschätzungen und Methoden überein.



Gefördert von im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **leben!**

Gefördert von



**Eine Broschüre der
Fachtags-Reihe Grenzenlos
gestärkt in den Alltag**